

Deutschland altert

Die demographische Herausforderung

Ein Kompass für 82 Millionen Menschen

Ein Kompass für 75 Millionen Menschen

Ein Kompass für 70 Millionen Menschen



Deutschland altert

Die demographische Herausforderung

Ein Kompass für 82 Millionen Menschen

Ein Kompass für 75 Millionen Menschen

Ein Kompass für 70 Millionen Menschen

1	Das Dilemma der Demographie: Die Zukunft hat längst begonnen	Seite 4
2	Der Arbeitsmarkt: Qualifizierte Mitarbeiter dringend gesucht	11
3	Das Wirtschaftswachstum: Angebot bremst Nachfrage	16
4	Öffentliche Kassen und soziale Sicherung: Finanzierung versus Fiasko	25
5	Die Senioren von morgen: Der Lebensabend ist gesichert	33
6	Deutschland 2050: Regieren die Alten auf Kosten der Jungen?	40

Das Dilemma der Demographie: Die Zukunft hat längst begonnen

Pendel, Kaffeesatz, Glaskugel – wann immer man den Menschen eine Chance bietet, in die Zukunft zu schauen, werden sie neugierig. Ein jeder möchte nur allzu gern wissen, wie es denn nun weitergeht – und ein jeder leitet aus den vermeintlichen Voraussagen vor allem die Hoffnung ab, sein Schicksal, falls nötig, noch irgendwie abzuwenden. In dieser Broschüre geht es um einen Blick auf das Deutschland des Jahres 2050 – doch im Gegensatz zu selbst ernannten Wahrsagern und Orakeln verlassen wir uns dabei nicht auf Fiktionen, sondern auf Fakten: In den kommenden Jahrzehnten, so viel steht heute schon fest, wird die Bevölkerung in Deutschland drastisch schrumpfen – offen ist nur noch, ob um 8 oder sogar um 18 Millionen. Doch unabhängig davon, wie viele es genau es sein werden: Der demographische Wandel ist keine theoretische Frage des Jahres 2050, sondern er beschäftigt uns bereits heute ganz konkret.

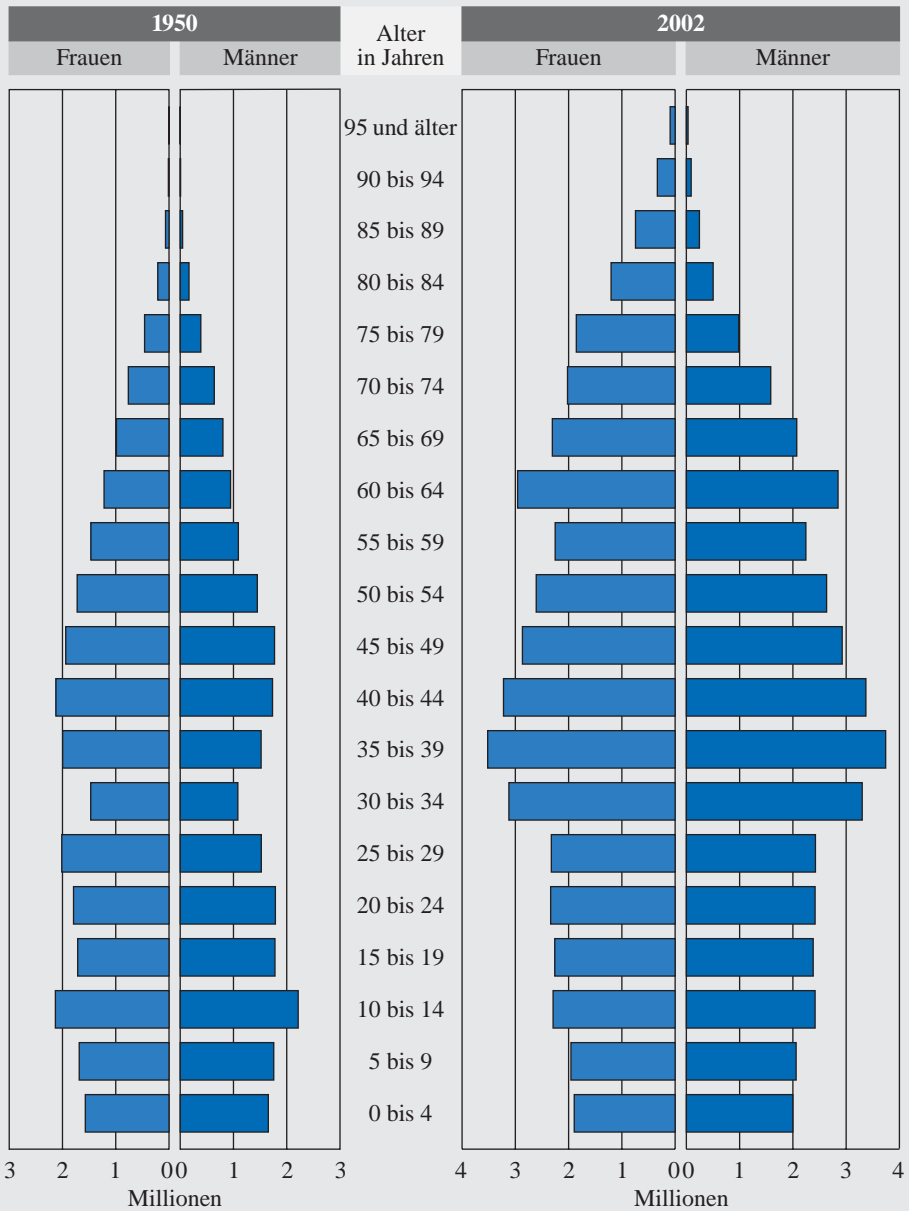
Ob Rentenversicherung, Gesundheitswesen, Steuern und Abgaben, Arbeitskosten oder Bildung: Auf allen Feldern wird fieberhaft an fundamentalen Reformen gearbeitet, hier und da sind bereits die ersten Schritte getan. Zwar können wir noch nicht absehen, ob und wie sich welche Neuerungen konkret auswirken und was in den kommenden Jahren noch alles auf die Agenda geschrieben wird – eines jedoch steht felsenfest: Die demographische Entwicklung wird das Leben und Arbeiten der Deutschen radikal verändern – und zwar eher früher als später. Wohin genau die demographische Reise geht, lässt sich natürlich nicht beantworten; folglich beschränken wir uns in dieser Broschüre darauf, eine Art Kompass zu entwickeln, mit dessen Hilfe wir zumindest die wichtigsten Richtungsänderungen in den verschiedenen Bereichen von Gesellschaft und Wirtschaft bestimmen können.

Bevor wir uns jedoch mit den konkreten Auswirkungen der demographischen Veränderungen beschäftigen, zunächst einmal die Fakten:



1

Bevölkerung: Die Pyramide gerät außer Form



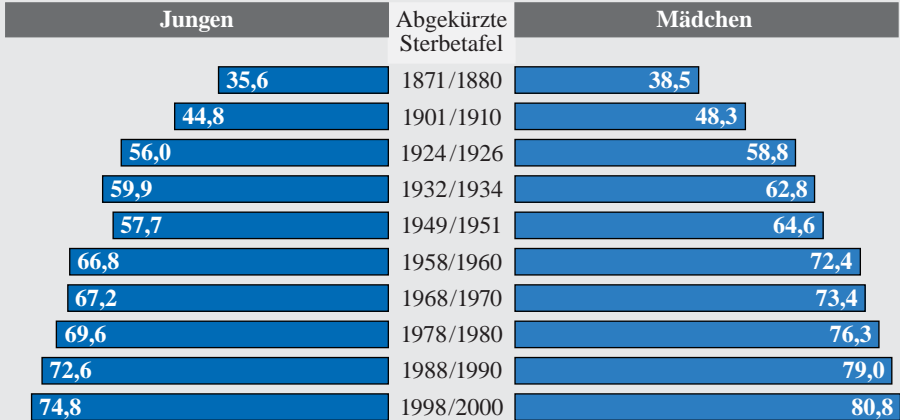
1950: nur Westdeutschland; Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

- Sinkende Geburtenrate.** Um die Bevölkerungszahl stabil zu halten, sprich: die Elterngeneration zu ersetzen, müssten je 100 Frauen etwa 210 Kinder geboren werden. Tatsächlich aber liegt die Geburtenrate in Westdeutschland schon seit drei Jahrzehnten deutlich darunter, aktuell beträgt sie 136 Kinder. In Ostdeutschland ist die Geburtenrate sogar von einst 218 (zu DDR-Zeiten) auf mittlerweile 108 Kinder je 100 Frauen zurück-

Steigende Lebenserwartung

Lebenserwartung bei Geburt in Jahren

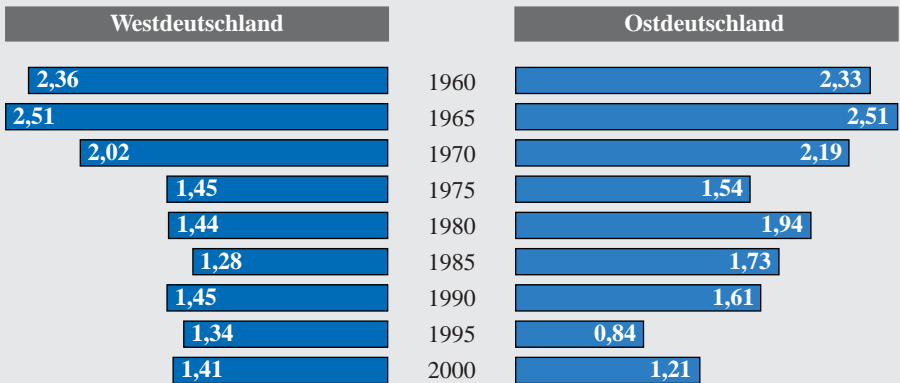


Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Sinkende Geburtenrate

Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt, Statistische Jahrbücher der DDR Institut der deutschen Wirtschaft Köln

gegangen. Und praktisch alle Prognosen gehen davon aus, dass sich an diesem Trend in den kommenden dreißig, vierzig Jahren kaum etwas ändern wird.

- **Höhere Lebenserwartung.** Parallel zur niedrigeren Geburtenrate geht seit rund einem Jahrhundert einerseits die Kindersterblichkeit zurück, andererseits steigt die Lebenserwartung. So wird zum Beispiel ein heute neu geborener Junge im statistischen Durchschnitt 75 Jahre alt – das sind acht Jahre mehr, als ein männlicher Säugling vor vier Jahrzehnten zu erwarten hatte. Bei den Frauen ist die Lebenserwartung sogar um mehr als acht Jahre gestiegen. Bis zum Jahr 2050 wird sich die durchschnittliche Lebenserwartung beider Geschlechter ab Geburt noch einmal deutlich erhöhen – die Prognosen reichen von 79 bzw. 86 Jahre (Männer/Frauen) bis 87 bzw. 93 Jahre.

- **Unsichere Zuwanderung.** Obwohl seit Anfang der siebziger Jahre in Deutschland jedes Jahr mehr Menschen sterben, als Babys geboren werden, ist die Einwohnerzahl bislang immer noch gestiegen. Der Grund dafür heißt Zuwanderung: Zwischen 1965 und 1990 nahm Westdeutschland je 1.000 Einwohner durchschnittlich 3,3 Einwanderer auf und belegte damit weltweit Platz zwei hinter den USA (3,5). Auch das vereinte Deutschland ist de facto ein Einwanderungsland: So betrug der Wanderungssaldo (Einwanderer minus Auswanderer) im Jahr 2000 rund 167.000; ein Jahr später kamen sogar rund 275.000 Menschen mehr in die Bundesrepublik, als umgekehrt fortzogen.

Zwar lässt sich die Migration wegen ihrer sehr starken Schwankungen unmöglich über einen Zeitraum von 50 Jahren prognostizieren, eines jedoch erscheint sicher: Zuwanderung ist beim besten Willen kein Weg, um die demographischen Entwicklungen in Deutschland aufzuhalten. Allein um den Bevölkerungsrückgang auszugleichen, müssten

nach einer Studie der Vereinten Nationen jedes Jahr netto 344.000 Menschen nach Deutschland einwandern. Soll zudem die Alterung

kompensiert, sprich: die Relation zwischen Erwerbstätigen und über 65-Jährigen beibehalten werden, wären sogar utopische 3,6 Millionen Einwanderer pro anno nötig.

- **Bevölkerungsprognose für das Jahr 2050.** Auch wenn sich die Einwohnerzahl aufgrund der sehr unterschiedlichen Einflüsse der einzelnen Faktoren nicht exakt voraussagen lässt – die meisten Prognosen bewegen sich

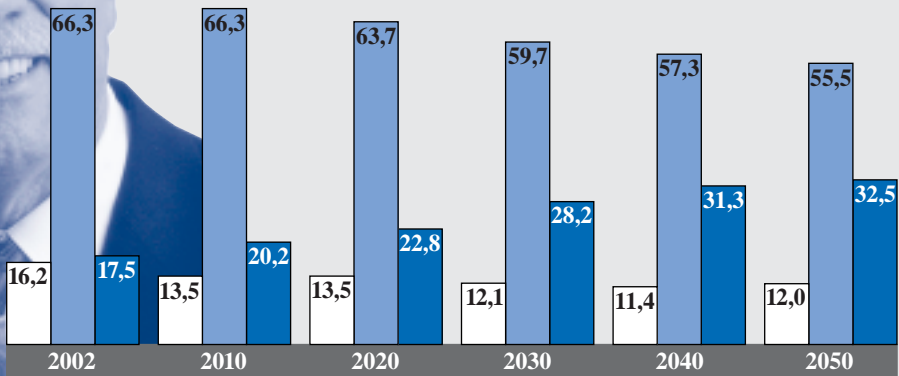


doch in dem relativ engen Korridor zwischen 65 und 75 Millionen Menschen. Im weiteren Verlauf dieser Broschüre wollen wir uns an einem Szenario des Statistischen Bundesamts orientieren, das erstens eine gleich bleibende Geburtenrate (rund 140 Kinder je 100 Frauen) unterstellt; zweitens von einer deutlich längeren Lebenserwartung (88,1 Jahre für Frauen und 82,6 Jahre für Männer) ausgeht und drittens auf einem Wanderungssaldo von 100.000 Personen pro Jahr basiert. Danach würde die Einwohnerzahl in Deutschland bis zum Jahr 2050 auf rund 70 Millionen sinken und somit auf das Niveau der fünfziger Jahre zurückfallen.

Deutschland 2050: Jeder Dritte ein Senior

So viel Prozent der Bevölkerung sind ...

□ 0 bis 14 Jahre ■ 15 bis 64 Jahre ■ 65 Jahre und älter



Ab 2010: Projektion; Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Für den Arbeitsmarkt und die Sozialkassen heißt das: Auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 60 Jahren kommen heute 44 Oldies – im Jahr 2050 werden es mehr als 80 sein. Damit wird das so genannte Medianalter, welches die Bevölkerung sozusagen „in zwei Hälften teilt“ – die eine Hälfte ist jünger, die andere älter –, von heute 40 auf über 50 Jahre steigen.

Eine stark schrumpfende und noch dazu „vergreisende“ Gesellschaft – das wird angesichts der sich immer schneller verändernden Welt zu einer wahren Herkulesaufgabe. Nicht nur, dass eine export- und wissensorientierte Volkswirtschaft wie Deutschland ohne entsprechende Gegenmaßnahmen kaum in der Lage sein dürfte, das hohe Innovationstempo auf dem Weltmarkt mitzuhalten. Da sich der gesamtdeutsche Bevölkerungsrückgang von 15 Prozent sehr ungleichmäßig auf die 16 Bundesländer verteilt, kommen auch noch wachsende nationale Ungleichgewichte hinzu:

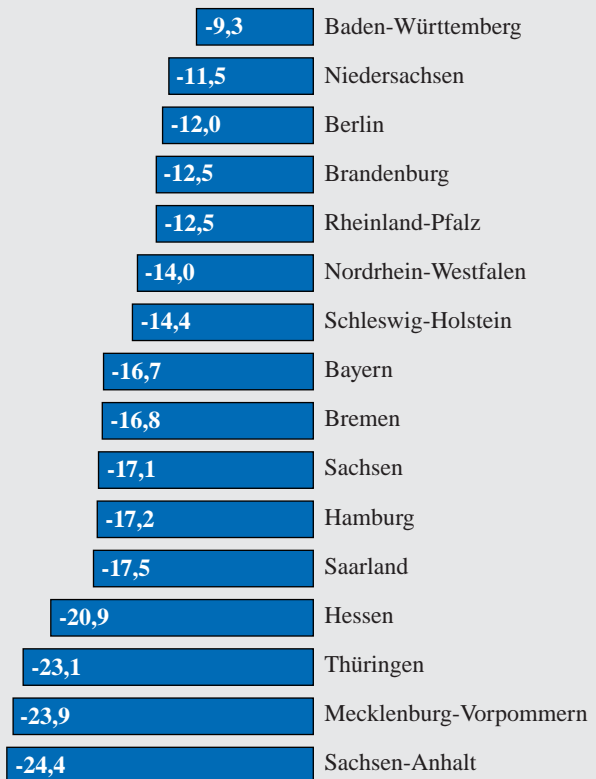
- Baden-Württemberg hat bis zum Jahr 2050 mit einem Minus von rund 9 Prozent den geringsten Bevölkerungsschwund zu befürchten. Grund dafür ist die seit Jahrzehnten überdurchschnittliche Geburtenrate, ein Trend, der auch in Zukunft anhalten dürfte.
- Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt dagegen müssen bis zur Mitte dieses Jahrhunderts mit überproportionalen Bevölkerungsabnahmen von jeweils fast 25 Prozent rechnen. Dies dürfte Ostdeutschland umso härter treffen, als nach dem Mauerfall per saldo schon 1,3 Millionen Menschen die fünf neuen Länder in Richtung Westdeutschland verlassen haben – allen voran die jungen.

Die „Entvölkerung“ Ostdeutschlands wird eine dramatische Überalterung nach sich ziehen. Alle fünf Länder rangieren beim Altenquotient (über 60-Jährige bezogen auf die 20- bis 60-Jährigen) künftig auf den hinteren Plätzen. Das „älteste“ Bundesland heißt dann Brandenburg – dort kommen im Jahr 2050 auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter schon fast ebenso viele Oldies. Auch in den anderen vier Ost-Ländern wird der Anteil der Alten weit über dem Bundesdurchschnitt liegen.

Am günstigsten schneiden ausgerechnet die derzeit „ältesten“ Bundesländer ab: In Bremen und im Saarland werden 2050 auf jeweils 100 jüngere „nur“ knapp 70 ältere Menschen kommen; in allen anderen westdeutschen Ländern schwankt der Altenquotient zwischen 70 und 80 Prozent.

Bevölkerung 2050: Aderlass in Ostdeutschland

Abnahme der Bevölkerung im Zeitraum
2000 bis 2050 in Prozent



Projektion; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Kinder oder Karriere?

Entgegen der weit verbreiteten Meinung ist der Geburtenrückgang in den Industrienationen keineswegs nur eine Folge der „Pille“. Schon im ausgehenden 19. Jahrhundert fielen zum Beispiel die Geburtenraten in Deutschland von damals vier bis fünf Kindern deutlich ab und leiteten damit die erste Phase des demographischen Übergangs ein. Es wird noch heute darüber diskutiert, welche Ursachen genau für das Wertepaar „Kapitalreichtum und Kinderarmut“ verantwortlich sind. Hier die wichtigsten Erklärungsversuche in Kürze:

- **Aus soziologischer Sicht** ist die individuelle Entscheidung gegen Kinder vor allem eine Folge der veränderten Einstellung der Gesellschaft zur Familie und des gewandelten Rollenverständnisses der Frau. Ehe und Familiengründung werden spätestens seit Mitte des 20. Jahrhunderts nicht mehr als selbstverständlich betrachtet – stattdessen rücken individualistische Werte wie die Selbstverwirklichung im Beruf in den Vordergrund.

- **Aus ökonomischer Sicht** ist die Entscheidung vor allem vom Einkommen der Paare und von den Kosten der Kindererziehung abhängig. Dabei gelten u.a. folgende Faustregeln:

- Je höher das Einkommen der potenziellen Eltern, desto höher auch die „Opportunitätskosten“ in Form von Einkommenseinbußen oder dem Verlust an Karriere-möglichkeiten. Männer neigen dazu, mit zunehmendem Einkommen mehr Kinder zu haben und ihre Erwerbstätigkeit auszudehnen, Frauen haben dagegen mit zunehmendem Einkommen tendenziell eher weniger Kinder.

- Je höher das Ausbildungsniveau, desto eher wird auf Kinder verzichtet. Auch hier verhalten sich die Geschlechter meist gegensätzlich: Während bei Frauen ein höheres Bildungsniveau mit weniger bzw. keinen Kindern einhergeht, haben Männer dann eher mehr Nachwuchs.

Die Politik steht damit vor einem klassischen Dilemma: Fördert sie die Ausbildung und die Erwerbsbeteiligung von Frauen, muss sie das im Zweifel mit einem weiteren Rückgang der Geburtenrate bezahlen. Schafft die Politik dagegen mehr Anreize für Frauen, zu Hause zu bleiben und sich der Kindererziehung zu widmen, so fehlt der Gesellschaft ein großer Teil der gut ausgebildeten Arbeitskräfte. Der einzig logische Ausweg aus dieser Falle: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss wesentlich verbessert werden.

Der Arbeitsmarkt: Qualifizierte Mitarbeiter dringend gesucht



bot an Arbeits-
so schnell wie die

Wie bei der Einwohnerzahl ist auch bei den Erwerbspersonen nicht nur der Rückgang selbst das Problem; Sorgen bereitet darüber hinaus die eklatante Verschiebung in der Altersstruktur: So wird die Zahl der 15- bis 29-jährigen Erwerbspersonen bis zum Jahr 2050 um rund 36 Prozent schrumpfen, bei den 30- bis 44-jährigen beträgt das Minus sogar fast 42 Prozent. Ganz in der Logik der Demographie wird dagegen das Arbeitsangebot der 45- bis 59-Jährigen nur um rund 12 Prozent sinken, bei den noch älteren Semestern wird sich in den nächsten fünf Dekaden so gut wie nichts ändern.

Reformkompass

Die Folgen des drastischen Rückgangs an Arbeitskräften und deren Überalterung für Wirtschaft und Sozialsysteme sind gravierend:

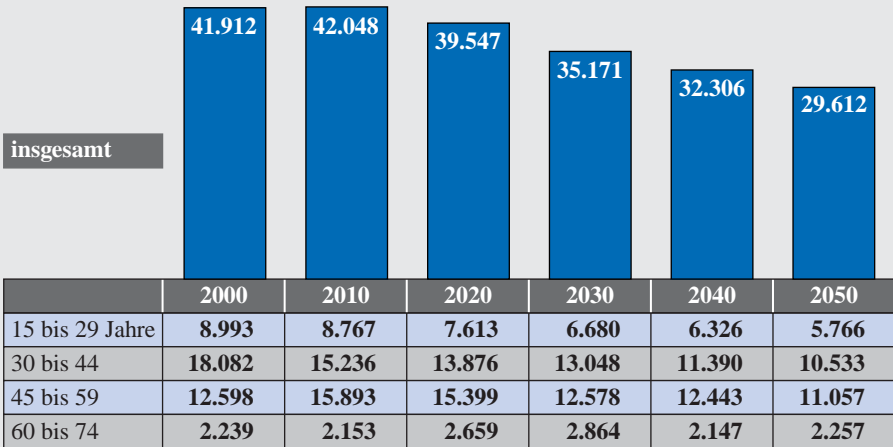
- Der heute schon spürbare Fachkräftemangel verschärft sich weiter – die Unternehmen suchen händerringend qualifizierten Nachwuchs. Bildung und Aus-

Der im letzten Kapitel unterstellte Bevölkerungsrückgang auf rund 70 Millionen Menschen wird sich logischerweise auch auf das Erwerbspersonen-Potenzial auswirken. Ständen dem deutschen Arbeitsmarkt im Jahr 2000 schätzungsweise noch rund 41,9 Millionen Menschen zur Verfügung, so werden es im Jahr 2050 nur noch 29,6 Millionen sein. Das Erwerbspersonen-Potenzial sinkt damit von heute 51 Prozent auf dann 42,5 Prozent der Bevölkerung. Jahr für Jahr schrumpft in den nächsten fünf Jahrzehnten das Angekräften mit durchschnittlich 0,6 Prozent fast doppelt Zahl der Einwohner.



Deutschland: Immer weniger Erwerbspersonen

Erwerbspersonen-Potenzial nach Altersgruppen in 1.000



Geringfügig Beschäftigte nicht voll erfasst; ab 2010: Projektion
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt, IAB

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

bildung sind daher stärker denn je gefordert, die jungen Leute optimal auf das Leben vorzubereiten.

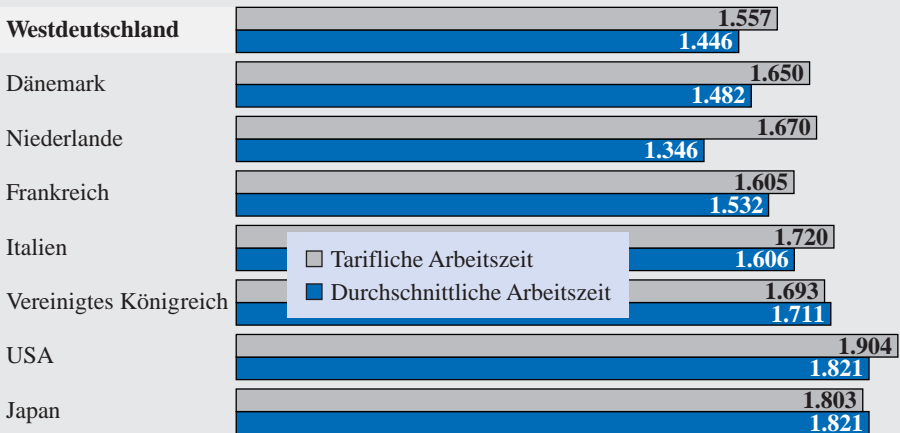
– Der Wohlstand muss schwerer erarbeitet werden: Weil es weniger Arbeitskräfte gibt, müssen diese produktiver sein, um das Wohlstandsniveau zu halten – denn die größere Zahl an Nichterwerbstätigen bzw. Rentnern muss versorgt werden. Gelingt dieser Produktivitätssprung nicht, werden die Verteilungskonflikte umso stärker sein – entweder die Erwerbstätigen oder die Rentner müssen dann deutlich kürzer treten.

- **Erhöhung der Erwerbsbeteiligung.** In Deutschland gehen derzeit 72 Prozent der Menschen im erwerbsfähigen Alter einer Arbeit nach oder suchen einen Job. International gesehen ist das bestenfalls Durchschnitt: Beim Nachbarn Niederlande liegt diese Quote bei 76 Prozent, in den USA sind es 77 Prozent, in Dänemark sogar 79 Prozent. Diese Unterschiede mögen gering erscheinen, aber: Würde die deutsche Erwerbsneigung zum Beispiel nur auf das holländische Niveau erhöht, wären damit schon rund 1,7 Millionen „neue“ Erwerbspersonen gewonnen. Experten schätzen, dass sich auf diesem Weg bis zu ein Fünftel des demographisch bedingten Rückgangs an Arbeitskräften von rund 10 Millionen kompensieren ließe.

- **Verlängerung der Arbeitszeit.** Auch hier leistet sich Deutschland den (inzwischen unbezahlbaren) Luxus, weit hinter den internationalen Standards zurückzubleiben. Bei der tariflichen Jahresarbeitszeit für Vollzeitmitarbeiter zum Beispiel klafft gegenüber

Arbeitszeiten: Deutsche Müßiggänger

in Stunden pro Jahr



Tarifliche Arbeitszeit: 2002 für Arbeiter im Verarbeitenden Gewerbe;
 Durchschnittliche Arbeitszeit: 2001 (Japan: 2000) für alle Erwerbstätigen
 einschließlich Teilzeit; Quellen: OECD, IW Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Großbritannien eine Lücke von 136 Stunden; im Vergleich zu Japan und den USA arbeiten die Westdeutschen sogar 246 bzw. 347 Stunden pro Jahr weniger.

- **Gezielte Zuwanderung.** Statt wie bislang die Zuwanderungsströme mehr oder weniger ungesteuert ins Land zu lassen, könnte und sollte Deutschland die Einwanderung (wie viele andere Länder es vormachen) mehr nach arbeitsmarktrelevanten Kriterien regeln:

Den Vorzug erhalten demnach Zuwanderer, die sich mit hoher Wahrscheinlichkeit und ohne aufwendige Maßnahmen in den heimischen Arbeitsmarkt integrieren lassen.

- **Bildung, Bildung, Bildung.** Auch wenn es im Land der Dichter und Denker wie ein schlechter Witz klingt: In Sachen Bildung sind die Deutschen heute allenfalls noch Mittelmaß. Internationale Ver-



gleichsstudien wie PISA und TIMSS attestieren dem deutschen Bildungssystem seit Jahren ein gehöriges Maß an Ineffizienz; angefangen beim engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildung bis hin zu einem überproportionalen Anteil von Schülern mit schwachen Leistungen. Zudem sind die deutschen Absolventen im Durchschnitt deutlich älter als ihre Mitstreiter aus anderen Ländern. Die Bildungsdefizite gipfeln in dem absehbaren Mangel an akademischem Nachwuchs: Kamen im Jahr 2001 auf je 100 ältere (ab 45 Jahren) noch 125 jüngere Akademiker, so wird sich diese Relation bis zum Jahr 2050 auf 100 zu 80 verringern – mit entsprechenden Folgen für die Humankapitalausstattung der Volkswirtschaft.

Zu den dringlichsten Aufgaben einer umfassenden Bildungsreform in Deutschland gehört deshalb der Dreiklang aus mehr Qualität (gemessen am Output), mehr Effizienz (im Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag) und einer passgenaueren Bildung, die die für die Innovationsfähigkeit der Unternehmen erforderlichen Qualifikationen hervorbringt. Die wichtigsten Einzelschritte: mehr Autonomie und Wahlmöglichkeiten (Wettbewerb zwischen den Bildungsanbietern), einheitliche Leistungsstandards und Monitoring (Qualitätskontrolle), Studiengebühren sowie eine damit einhergehende Dienstrechtsreform des staatlichen Bildungssystems.



Die Belegschaften altern – Herausforderung für die Betriebe

Um dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken, stehen den Unternehmen verschiedene Gegenstrategien zur Verfügung:

- **Personalmanagement.** Motivationsverlust, innere Kündigung und Krankheit sind bei älteren Mitarbeitern oft nichts anderes als eine Reaktion darauf, dass ihnen die betriebliche Personalpolitik kaum Aufmerksamkeit schenkt. Ein spezielles Personalmanagement für Ältere kann dies ändern. Gebraucht wird eine altersgerechte Arbeitswelt, also weniger körperlich anstrengende Tätigkeiten, dafür mehr geistige Herausforderungen. Denn gerade ältere Beschäftigte verfügen über viel Wissen und Erfahrungen – wertvolle Schätze, die sie leider nur allzu oft mit in den Ruhestand nehmen, anstatt sie in den Betrieben an die Jüngeren weiterzugeben. Optimal sind „altersgemischte“ Belegschaften, in denen die Kompetenzen und Stärken der Älteren mit dem aktuellen Wissen und dem noch unverbrauchten Elan der Jüngeren vernetzt werden.
- **Mitarbeiterbindung.** Der bevorstehende Mangel an Arbeitskräften wird die Unternehmen unterschiedlich stark treffen. Können sich die großen, ertragsstarken Konzerne durch entsprechende Lohn- und Gehaltszahlungen weit gehend schadlos halten, laufen kleine und mittlere Betriebe Gefahr, im Wettbewerb um qualifizierte Kräfte schon rein finanziell nicht mithalten zu können. Der Ausweg aus diesem Dilemma heißt Mitarbeiterbindung – denn es kostet weniger, einen bewährten Mitarbeiter zu halten, als einen neuen zu gewinnen.
- **Arbeitszeitpolitik.** Auf der Arbeitgeberseite schwankt die Nachfrage nach Arbeitskräften je nach Auftragslage, gleichzeitig möchten immer mehr Arbeitnehmer ihre Berufstätigkeit mit ihren privaten Interessen ausbalancieren – das gilt für ältere Menschen genauso wie für die jüngeren. Ein hohes Maß an Flexibilität für beide Seiten bieten zum Beispiel Teilzeit, Arbeitszeitkorridore, Jahres- oder Lebensarbeitszeiten.
- **Qualifikation.** Im Jahr 2000 frischten immerhin 36 Prozent der 35- bis 49-Jährigen ihr berufliches Wissen auf, bei den 50- bis 64-Jährigen war die Quote nur halb so hoch. Wer aber schon mit 50 Jahren sein Wissen nicht mehr aktualisiert, der gerät in einen Teufelskreis – denn genau dadurch wird das Vorurteil von der geringeren Leistungsfähigkeit älterer Menschen zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Aktuelle Untersuchungen belegen dagegen: Wenn jemand mit 50 oder 60 Jahren angeschlagen ist, dann weniger wegen seines Alters, sondern weil das Verhältnis zwischen Arbeitsanforderungen und individuellem Leistungsvermögen nicht mehr stimmt.

Das Wirtschaftswachstum: Angebot bremst Nachfrage

Ob das Bruttoinlandsprodukt einer Volkswirtschaft wächst oder schrumpft, hängt (abgesehen von den politischen, institutionellen und weltwirtschaftlichen Umständen) davon ab, wie sich die einzelnen Produktionsfaktoren entwickeln. Die wichtigsten davon sind der Einsatz von Arbeit, der Einsatz von Kapital und, vor allem, die Investitionen in Forschung und Entwicklung. Die Frage ist nun, wie sich der demographische Wandel auf diese Faktoren auswirkt:

- **Wachstumsbremse Erwerbsbeteiligung.** Der Zusammenhang zwischen Arbeit und Wachstum ist zunächst einmal denkbar einfach: Wenn mehr Menschen arbeiten, kann auch mehr produziert werden – und umgekehrt. Wie wir im vorherigen Kapitel gesehen haben, schrumpft jedoch die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter in den nächsten Jahrzehnten demographisch bedingt um bis zu 10 Millionen. Dieser Einschnitt ist so tief, dass das Angebot an Arbeitskräften in Deutschland künftig selbst dann weit unter dem Bedarf liegen wird, wenn das brachliegende Potenzial an arbeitsfähigen und arbeitswilligen Menschen besser als bislang ausgeschöpft wird.

Was diese Entwicklung für das Wirtschaftswachstum bedeutet, zeigen die Erfahrungen aus den vergangenen fünf Jahrzehnten: Unabhängig von möglichen qualitativen Verschlechterungen (etwa bei Ausbildungsstandards) wurde das Wachstum auch vom quantitativen Rückgang des Arbeitsangebots gebremst.

- **Unsicherheitsfaktor Kapital.** Die Rückwirkungen des Bevölkerungsschwunds auf den Kapitalstock einer Volkswirtschaft sind nicht eindeutig. Einerseits droht eine Art Abwärtsspirale:



3

- zwar wird nach wie vor investiert, aber von Jahr zu Jahr weniger – weil weniger Arbeitskräfte weniger Maschinen benötigen;
- weil (immer mehr) ältere Menschen andere Güter nachfragen als jüngere Generationen, wird per saldo weniger in die Bereiche investiert, die bislang als zukunftssträftig galten;
- die aus demographischen Gründen zunehmend schwierigere Finanzierung der Sozialsysteme und der öffentlichen Haushalte hemmt die Investitionsfähigkeit zusätzlich.

Andererseits lässt sich zumindest theoretisch – praktische Erfahrungen gibt es noch nicht – aus dem Bevölkerungsrückgang auch eine steigende Investitionstätigkeit begründen. Dies wäre zum Beispiel dann der Fall, wenn der knapper werdende Faktor Arbeit durch den vermehrten Einsatz von Kapital kompensiert würde.

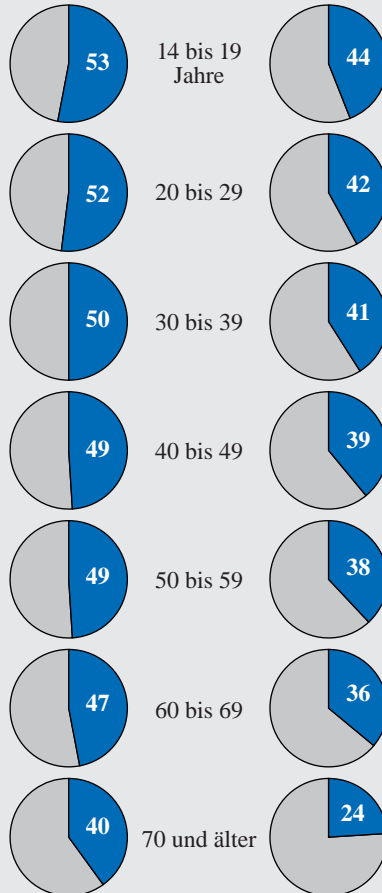
- **Innovationsbremse Überalterung.** Ohne den älteren Semestern mit all ihren wertvollen Erfahrungen zu nahe treten zu wollen – Neues auszuprobieren, es einfach mal etwas anders zu machen und Risiken einzugehen ist eine stärkere Domäne der Jugend. Dies gilt umso mehr, als die Innovationsprozesse in einer modernen Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft heute in einem Tempo vonstatten gehen, das die älteren Generationen vor einige Probleme stellt: So haben sie zum Beispiel oft Schwierigkeiten, sich immer wieder und vor allem

Technik-Akzeptanz: Auch eine Frage des Alters

So viel Prozent der Befragten bejahen diese Statements

„Technischer Fortschritt hat Gutes gebracht“

„Möchte wissen, wie etwas funktioniert“



Befragung von 21.513 Personen ab 14 Jahren im Jahr 2002
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Arbeiten und Qualifikation: Steter Wandel

So viel Prozent der Erwerbstätigen

	1995	2010
erbringen ...		
Produktionsorientierte Tätigkeiten (z.B. Herstellen)	30,7	24,0
Primäre Dienstleistungen (Handel, Büro, allgemeine Dienste)	43,0	44,4
Sekundäre Dienstleistungen (Forschen, Entwickeln, Organisieren usw.)	26,3	31,6
haben diese Qualifikation ...		
Ohne Berufsausbildung	16,7	11,4
Berufsausbildung	69,1	71,6
Hochschulausbildung	14,1	17,0

2010: Projektionen des IAB und Prognos; Quelle: Dostal/Reinberg (1999)

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

schnell neues Wissen anzueignen. Dadurch klaffen die Anforderungsprofile der Wirtschaft und die Eignungsprofile älterer Mitarbeiter möglicherweise zunehmend auseinander – wenn nicht frühzeitig gegengesteuert wird.

Zudem wird die Durchsetzung von Innovationen durch das relativ konservative Konsumverhalten der älteren Generationen gebremst. Für Oldies von heute (um es einmal besonders drastisch zu formulieren) tut es im Zweifel auch die bewährte Stereoanlage – von MP3, WAP und Festplatten-Receivern können (oder wollen) sie dagegen kaum etwas wissen.

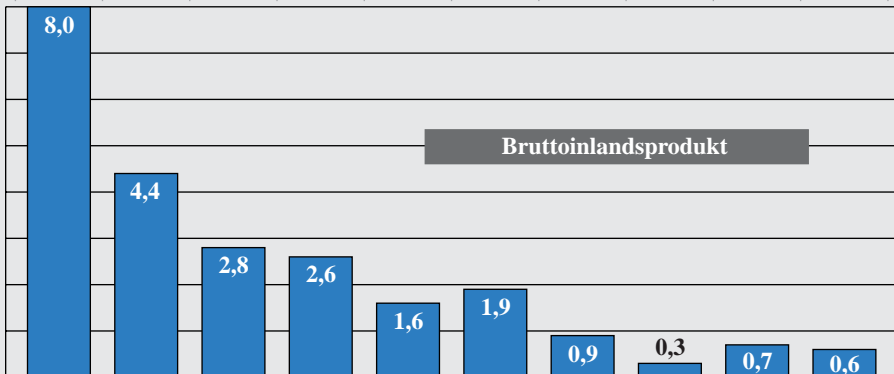
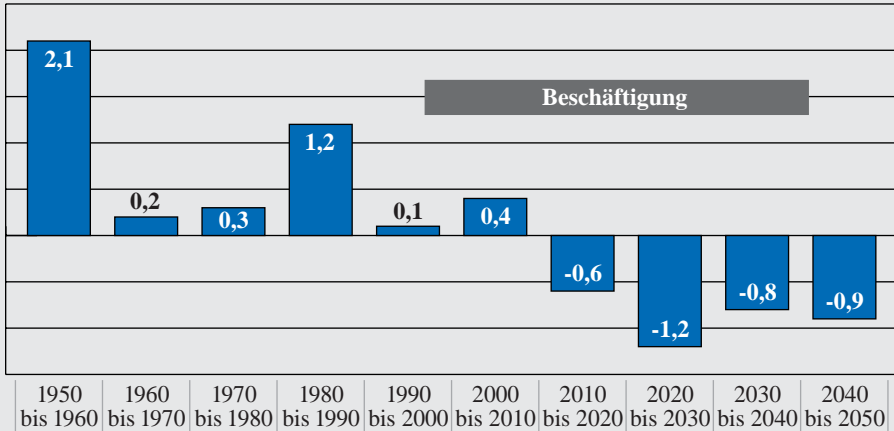
Schon rein zahlenmäßig werden also die Jungen (die „Träger modernen Wissens“) zu einem knappen Gut. Bis zum Jahr 2050 schrumpft die Gruppe der 20- bis 35-jährigen Erwerbspersonen um fast 40 Prozent auf etwa 8,3 Millionen, was insbesondere in der Berufsgruppe der Ingenieure zu einem ernsthaften Mangel an Nachwuchskräften führen wird. Nach Berechnungen des Zentralverbands Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI) ist der Anteil der bis zu 35 Jahre alten Ingenieure allein zwischen 1998 und 2002 bereits von gut 32 auf knapp 27 Prozent gesunken.

Das Nachwuchsproblem stellt sich allerdings



Beschäftigung bringt Wirtschaftswachstum

Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent



Bis 1990: nur Westdeutschland; ab 2000: Projektion
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

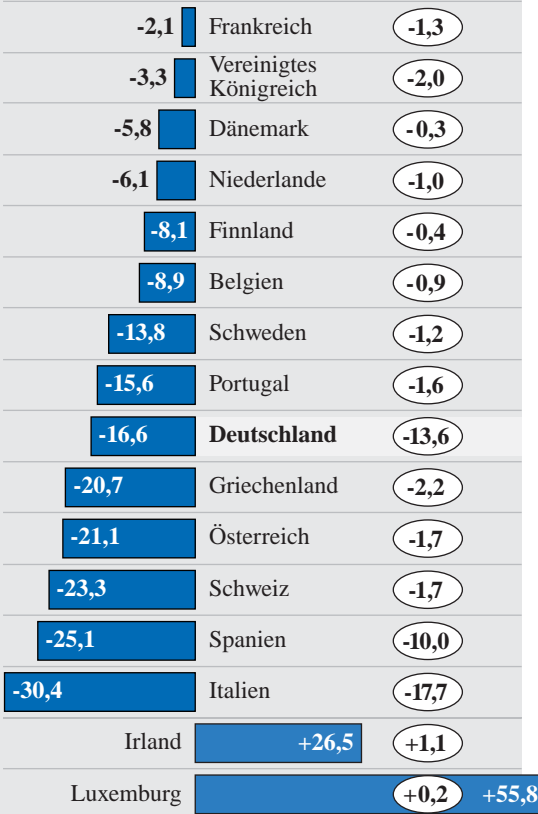
keineswegs nur bei den Ingenieuren, sondern in der gesamten Wissenschaft. Schon bis zum Jahr 2007 muss die gewerbliche Wirtschaft in Deutschland altersbedingt mehr als eine Viertel Million Akademiker ersetzen. Doch wie? Kamen in den Jahren 1993 bis 2000 auf je zehn Ingenieure, die in den Ruhestand gingen, noch 44 Nachwuchskräfte, so werden es im Zeitraum 2001 bis 2007 nur noch 19 sein.

Nun wäre es vermessen, aus den oben beschriebenen Trends exakte Wachstumsprognosen für die kommenden 50 Jahre abzuleiten (das gelingt in unserer schnelllebigen Zeit nicht einmal mehr auf Sicht von einem einzigen Jahr). Trotzdem lässt sich der enge Zusammenhang zwischen Demographie und Wachstum durchaus in Zahlen gießen –

Weniger Europäer

Veränderung der Bevölkerungszahl

■ von 2000 bis 2050 in Prozent ○ in Millionen



Projektion bei konstanter Geburtenrate; Quellen: UN, Eurostat

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

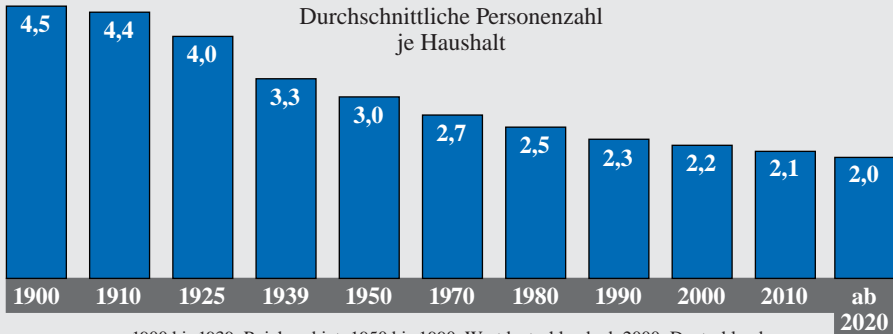
und zwar mit einem Blick auf die westdeutsche Entwicklung in den vergangenen 50 Jahren. Die nämlich zeigt, dass es sehr wohl so etwas wie eine „demographische Dividende“ gibt: Vor allem in den fünfziger und achtziger Jahren speiste sich das Wachstum aus einem überdurchschnittlichen Zuwachs der Beschäftigung. Spätestens ab dem Jahr 2010 bekommt Deutschland jedoch das Gegenteil zu spüren – der Bevölkerungsrückgang bremst auch das potenzielle Wirtschaftswachstum.

Keine Frage: Der demographische Wandel wird sich letztlich auf die gesamte Volkswirtschaft auswirken. Dennoch bedeuten weniger Menschen nicht automatisch, dass die damit einhergehenden Veränderungen (zum Beispiel in der Nachfrage) auch alle Branchen gleichermaßen betreffen – und erst recht nicht, dass es immer nur in eine Richtung geht: nach unten. Ganz im Gegenteil: Die deutsche Volkswirtschaft ist vollends in die Weltwirtschaft integriert, also wird

allein schon der dynamische Prozess der Globalisierung für neue Absatzchancen sorgen – genannt sei nur das Beispiel der EU-Osterweiterung um zehn Mitgliedstaaten im Mai 2004. Ein Blick auf drei große deutsche Wirtschaftsbereiche lässt ahnen, wie unterschiedlich die Zukunft aussehen kann:

- **Die Industrie.** Grundsätzlich lässt sich das Verarbeitende Gewerbe zweiteilen: in jene Branchen, die ihre Güter und Dienstleistungen vor allem auf den internationalen Märkten anbieten, und in solche, deren Produkte eher für den heimischen Markt bestimmt sind. Exportorientierte Branchen wie die Hersteller von Investitionsgütern oder

Trend zum Zwei-Personen-Haushalt



1900 bis 1939: Reichsgebiet; 1950 bis 1990: Westdeutschland; ab 2000: Deutschland;
ab 2010: Projektion; Quellen: Statistisches Bundesamt, Ottmad/Hefele (2002)

Institut der deutschen Wirtschaft Köln



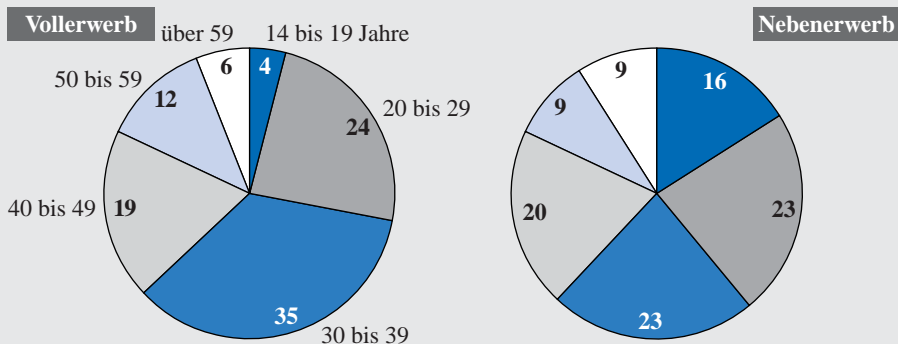
die Automobilindustrie werden vom Bevölkerungsrückgang in Deutschland weniger betroffen sein und dürften sogar noch von der nach wie vor wachsenden Weltbevölkerung profitieren. Dabei ist allerdings zweierlei zu berücksichtigen: Erstens sind viele der heute für Deutschland wichtigen Absatzmärkte ebenfalls von einer mehr oder weniger starken Schrumpfung und Alterung ihrer Bevölkerung betroffen; und zweitens verfügen insbesondere die Zukunftsmärkte in den Entwicklungs- und Schwellenländern (noch) nicht über die notwendige Kaufkraft.

Grund zum Optimismus haben auch jene Branchen, deren Leistungen vor allem von älteren Menschen nachgefragt werden. Dazu gehören zum Beispiel die Pharmaindustrie, die Biotechnologie und die Medizintechnik – sie können zum einen den wachsenden Inlandsmarkt bedienen und sich zum anderen auf den „alternenden“ Auslandsmärkten profilieren.

- **Die Bauwirtschaft.** Die in Deutschland ohnehin seit Jahren gebeutelte Baubranche wird den Bevölkerungsrückgang besonders stark zu spüren bekommen. Vor allem der

Existenzgründungen: Eine Domäne der Jungen

So viel Prozent der Gründer entfallen auf diese Altersgruppen



Telefonbefragung von 40.190 Personen im Jahr 2002, darunter 389 Gründer im Vollerwerb und 521 im Nebenerwerb; Quelle: DtA

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Neubau von Wohnungen dürfte deutlich zurückgehen, denn auf die bevölkerungsstarken Babyboomer-Generationen (die gegenwärtig noch ihre Nester bauen) folgen deutlich dünner besetzte Jahrgänge.

Allerdings ist für die Baunachfrage nicht allein die Bevölkerungszahl relevant, sondern auch die Zahl der Haushalte. Und weil der Trend in Deutschland eindeutig zum Zwei-Personen-Haushalt geht (vor hundert Jahren gehörten zu einem Haushalt noch vier bis fünf Personen), dürfte die sinkende Nachfrage nach Wohnungen dadurch zumindest in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren noch kompensiert werden. Auch Bauarten wie Renovierung, Sanierung und Umbau können grundsätzlich sogar bei einer schrumpfenden Bevölkerungszahl expandieren.

- **Die Konsumbranchen.** In diesem Bereich wird die Tatsache, dass die nachwachsenden Generationen dünn gesät sind, aller Voraussicht nach die größten Veränderungen nach sich ziehen. Das Fehlen von rund 10 Millionen Verbrauchern wird zu spürbaren Nachfrage- und Angebotsverschiebungen führen, wobei der absolute Rückgang aber nicht automatisch auch zu einem Sinken des Pro-Kopf-Konsums führen muss. Zwar ist der wirtschaftliche Status der Älteren keineswegs schlechter als bei den jüngeren Semestern (siehe Kapitel 5), Konsumbranchen wie der Einzelhandel und der Verkehrssektor werden davon allerdings nur profitieren können, wenn sie ihre Leistungen an die Wünsche der älteren Menschen anpassen.

Generell ist zu erwarten, dass in einer alternden Gesellschaft all jene Konsumbereiche profitieren, die mit der Gesundheit der Menschen ihr Geld verdienen. Dazu zählen stationäre Kranken- und Pflegeeinrichtungen, ambulante Pflegedienste sowie alle Anbie-

ter, die sich im weitesten Sinne dem Wohlbefinden älterer Menschen widmen, also auch solche Branchen, die mit Freizeit, Unterhaltung und Kultur ihr Geld verdienen.

● **Wer gründet neue Unternehmen?** Der enge Zusammenhang zwischen Existenzgründungen und Wirtschaftswachstum ist in Deutschland lange Zeit vernachlässigt worden. Seit einigen Jahren aber richtet die Politik ihr Augenmerk verstärkt darauf, und Anfang 2003 hat die Bundesregierung das Ziel formuliert, die Selbstständigenquote von derzeit knapp 10 auf 14 Prozent zu erhöhen. Der angestrebte Anstieg um rund 1,5 Millionen Betriebe wird jedoch schon deshalb nur sehr schwer zu erreichen sein, weil in den kommenden Jahren aufgrund der demographischen Entwicklung die Zahl der Existenzgründer sogar noch schneller zurückgehen wird als die der abhängig beschäftigten Arbeitnehmer.

Verschiedene Untersuchungen zeigen: Die typischen Gründer sind gut ausgebildet und meist nicht älter als 40 Jahre. Über 60 Prozent aller Jungunternehmer in Deutschland gehören zu dieser Gruppe – nicht einmal ein Fünftel ist älter als 50 Jahre. Schreibt man nun diese gründertypische Altersverteilung bis 2050 fort und berücksichtigt dabei den unterstellten Bevölkerungsrückgang, dann droht der Unternehmensbestand in Deutschland regelrecht auszudünnen:

– In der Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen, auf die im Jahr 2002 mit rund 158.000 noch das Gros der Neugründungen entfiel, werden sich nur noch 92.000 Frauen und Männer für die Selbstständigkeit entscheiden – ein Minus von mehr als 40 Prozent.

– In der zweitstärksten Gründergruppe, den 20- bis 29-Jährigen, sinkt das unternehmerische Engagement um fast 30 Prozent.

– Insgesamt wird der Rückgang an Existenzgründungen bis 2050 mit 32 Prozent doppelt so stark ausfallen wie der Bevölkerungsrückgang.

– Die Zahl der Selbstständigen wird somit von gut 3,6 Millionen im Jahr 2002 auf 2,9 Millionen zur Jahrhundertmitte zurückgehen. Unterstellt man auch für die Zukunft, dass jeder Gründer durchschnittlich 2,4 Arbeitsplätze schafft, ergibt sich ein Defizit von mindestens 1,8 Millionen Arbeitsplätzen.



Um den starken Rückgang des Gründerpotenzials aufzufangen, steht eine ganze Reihe an Gegenmaßnahmen zur Verfügung. Die wichtigsten:

- **Gründungsaktivitäten der mittleren Jahrgänge stärken.** Dazu könnten zum Beispiel Ausgründungen aus Unternehmen unterstützt sowie Technologie- und Gründerzentren mit umfassenden Serviceleistungen eingerichtet werden. Hilfreich wären auch mehr Gründerlehrstühle an den Universitäten und Fachhochschulen sowie die Unterstützung von Gründern, die zwar schon einmal gescheitert sind, es aber trotzdem noch einmal versuchen wollen.

- **Förderung von Frauen.** Bislang geht in Deutschland nur jede dritte Existenzgründung auf das Konto von Frauen. Zwar stellen sie bei personenbezogenen Diensten, im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Erziehungswesen schon fast die Hälfte und in der Gastronomie immerhin 40 Prozent der Unternehmer. Im Handel aber ist der Anteil weiblicher Selbstständiger mit rund einem Drittel noch weit unterdurchschnittlich.

- **Förderung von Ausländern.** Auch bei den Zuwanderern liegt die Selbstständigenquote mit 8,4 Prozent noch unter dem (ohnehin niedrigen) deutschen Wert von 10 Prozent. Das ist umso erstaunlicher, als die Selbstständigenquote in den meisten Herkunftsländern der Zuwanderer deutlich höher ausfällt: In Griechenland zum Beispiel arbeiten zu Beginn dieses Jahrzehnts mehr als 45 Prozent aller Erwerbstätigen auf eigene Rechnung, in Portugal, Italien und Spanien waren es immerhin noch jeweils zwei- bis dreimal so viele wie in Deutschland.

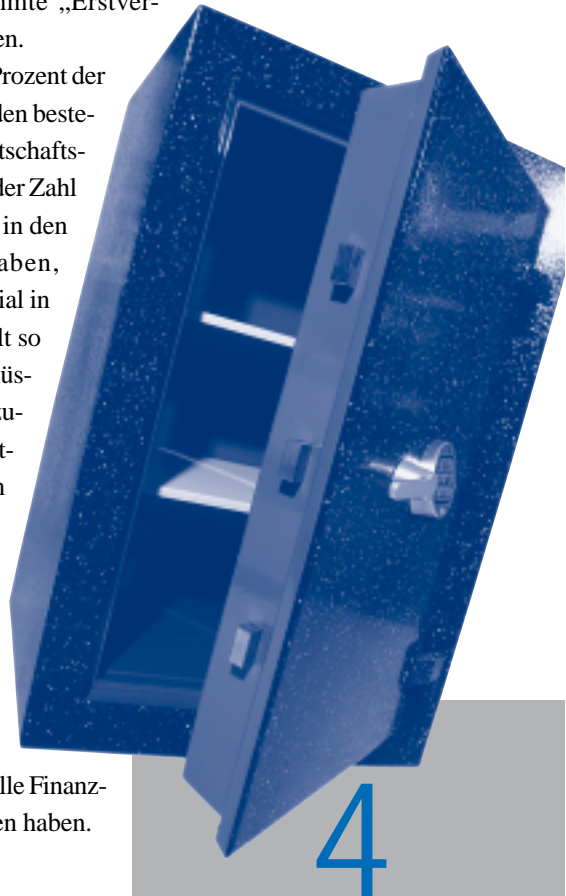
- **Unternehmensnachfolge sichern.** Fast 2 Millionen der kleinen und mittleren Betriebe in Deutschland sind Familienbetriebe. Nach einer Studie des Bonner Instituts für Mittelstandsforschung stehen allein in den nächsten fünf Jahren rund 355.000 von ihnen vor dem Problem, einen Nachfolger für den Chef oder die Chefin zu finden. In immerhin 7,5 Prozent der bisherigen Fälle mussten die Betriebe nur deshalb stillgelegt werden, weil sich kein geeigneter Nachfolger gefunden hat. Hochgerechnet auf die nächsten zehn Jahre wären demnach bis zu 70.000 Unternehmen in ihrer Existenz bedroht.

Abhilfe schaffen können hier Projekte wie KONTINUUM (Konzeption und Realisierung von Gesprächen zur Unternehmensübergabe), zu finden unter der Internet-Adresse www.kontinuum-online.de. Zu den Projektpartnern gehören Vertreter aus den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern, von Banken und Unternehmensberatungen. KONTINUUM hat u.a. ein Nachschlagewerk rund um den Themenkomplex Unternehmensnachfolge zusammengestellt. Es soll Beratern von Kammern, Verbänden und Wirtschaftsförderungsgesellschaften dabei helfen, Fälle zu strukturieren, die wirklichen Probleme zu erkennen und Lösungswege zu finden – bis hin zu den emotionalen Aspekten, – etwa der Sorge um das eigene Lebenswerk.

Öffentliche Kassen und soziale Sicherung: Finanzierung versus Fiasko

Im Laufe des Jahres 2003 hat die Bundesregierung zwar ihre „Agenda 2010“ auf den Weg gebracht, doch selbst wenn all die halbherzigen und verwässerten Kompromisse in den nächsten Jahren messbare Wirkungen zeitigen: Mehr als der berühmte erste Schritt können diese Reformen gar nicht sein. Das geht schon deshalb nicht, weil „der dicke Hammer“ erst noch kommt: Die Rückwirkungen des demographischen Wandels auf die öffentlichen Haushalte und die sozialen Sicherungssysteme sind nämlich keine Drohungen, die mit den jetzt eingeleiteten Reförmchen aus der Welt geschafft werden könnten. Vielmehr handelt es sich bei den Folgen der deutschen Kinderarmut um eine im wahrsten Sinne des Wortes lebensbedrohliche Krankheit – und die Probleme von heute sind nichts anderes als die ersten Symptome. Es ist fast egal, welche Medikamente der Patient Deutschland nun schluckt – zumindest die berühmte „Erstverschlimmerung“ wird ihm nicht erspart bleiben.

- **Sinkende Steuereinnahmen.** Rund 80 Prozent der Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden bestehen aus Steuern. Die wiederum sind vom Wirtschaftswachstum abhängig, welches seinerseits mit der Zahl der Erwerbstätigen steigt oder fällt. Wie wir in den vorangegangenen Kapiteln gesehen haben, schrumpft aber das Erwerbspersonen-Potenzial in Deutschland bis zum Jahr 2050 sogar doppelt so schnell wie die Zahl der Einwohner – ergo müssen auch die staatlichen Steuereinnahmen zurückgehen. Die aktuellen Steuergesetze fortgeschrieben – und vom Wirtschaftswachstum einmal abgesehen –, bekämen die öffentlichen Kassen um das Jahr 2050 herum deshalb allein von den privaten Haushalten altersstrukturbedingt gut 16 Prozent weniger Steuern als heute. Im Jahr 2002 zum Beispiel hätte das ein Minus von rund 60 Milliarden Euro bedeutet – das ist mehr, als Bund, Länder und Gemeinden im gleichen Jahr für alle Finanzhilfen und Steuervergünstigungen ausgegeben haben.



Steuern: Immer weniger für den Staat

Wachstumsbereinigte Projektion der Veränderung des Steueraufkommens privater Haushalte gegenüber 2005 in Prozent

	2010	2020	2030	2040	2050
Direkte Steuern	3,0	0,5	-7,2	-12,1	-18,2
Umsatzsteuer	0,7	0,3	-2,9	-7,4	-13,0
Spezielle Verbrauchssteuern	0,4	-1,2	-5,7	-10,9	-16,3
insgesamt	1,9	0,2	-5,7	-10,5	-16,4

Quelle: Bach (2002)

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

- **Anstieg der Ausgaben.** Nun könnte man denken, die schrumpfende Einwohnerzahl reduziere nicht nur die Einnahmen des Staates, sondern auch dessen Ausgaben. Dem aber ist nicht so, zumindest nicht automatisch: Die schrumpfende Kopfzahl ist schließlich nur eine (von zwei) Folgen des demographischen Wandels – die andere ist, dass die „verbleibenden“ Köpfe eben immer älter werden. Noch ein, zwei Jahrzehnte, dann gehen die Babyboomer-Generationen von einst in den Ruhestand und hinterlassen immer weniger Erben. Die wenigen Jungen kosten dann natürlich auch weniger, aber bei den vielen Alten ist es eben umgekehrt. Der Reihe nach:

Staatliche Ausgaben für Kinder. Die so genannten kinderbezogenen Transferzahlungen des Staates werden künftig logischerweise sinken. Kindergeld, Erziehungsgeld und andere Hilfen werden nach deutschem Recht bis zu einem Alter von höchstens 27 Jahren gezahlt – und die Zahl der Menschen in dieser Altersgruppe wird in Deutschland bis zum Jahr 2050 um rund 37 Prozent zurückgehen.

Öffentliche Bildungsausgaben. Hier gilt grundsätzlich das Gleiche wie für die kinderbezogenen Ausgaben: Der bildungsrelevante Personenkreis der bis zu 30-Jährigen schrumpft bis 2050 um gut ein Drittel, ergo werden die Bildungsausgaben insgesamt zurückgehen. Pro Kopf gerechnet sieht es aber anders aus: Die Welt von morgen braucht immer besser qualifizierte Menschen, und gerade das Hochtechnologieland Deutschland ist auf kluge Köpfe angewiesen. Experten rechnen damit, dass sich die staatlichen Bildungsausgaben von heute durchschnittlich 3.500 Euro pro Kopf und Jahr in den kommenden Jahrzehnten auf 9.200 Euro erhöhen werden. Doch auch hier gilt: Diese Ausgaben sind Investitionen in die Zukunft.

Pensionsverpflichtungen des Staates. Hier kommt das dicke Ende schon früher auf uns zu: Bereits zwischen 2020 und 2030 gehen überdurchschnittlich viele Staatsdiener in Pension. In den Bundesländern zum Beispiel (sie sind davon am meisten betroffen) wird sich die Zahl der Pensionäre verdoppeln. Je nachdem, wie die erwarteten Anpas-

sungen der Altersbezüge für Beamte, Richter und Berufssoldaten ausfallen werden, rechnen Experten mit einem Anstieg der staatlichen Pensionsausgaben von rund 31 Milliarden Euro (2000) auf bis zu 124 Milliarden Euro im Jahr 2050.

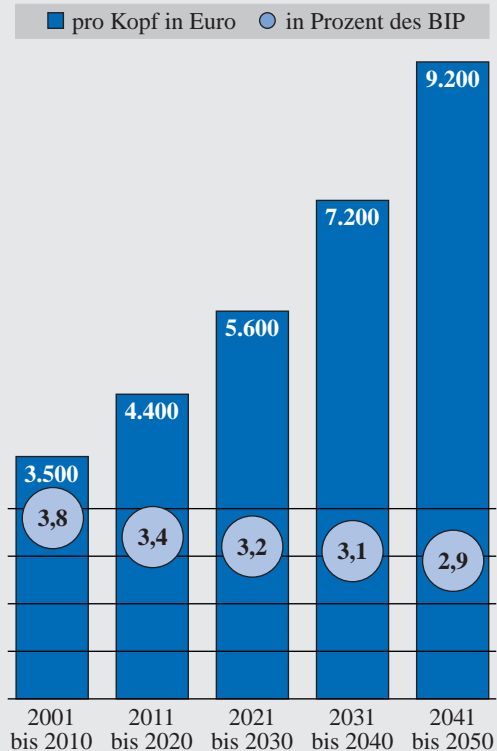
Reformkompass

Unter dem Strich führt der demographische Wandel also zu der fatalen Situation, dass einerseits die öffentlichen Einnahmen unter Druck stehen und andererseits zumindest die Ausgaben für die Alten steigen. Soll die seit Jahren angemahnte „Nachhaltigkeit“ der staatlichen Finanzpolitik keine Worthülse bleiben, muss der Staat das drohende Finanzdesaster durch entsprechende Maßnahmen abwenden. Viel wichtiger als die konkreten Einzelschritte ist dabei jedoch die grundsätzliche Strategie: Denn die beiden Alternativen – Erhöhung der Einnahmen oder Kürzung der Ausgaben – sind keineswegs gleichwertig. Alle bisherigen Erfahrungen zeigen nämlich, dass sich ein Haushalt wesentlich besser durch Ausgabenkürzungen konsolidieren lässt als durch höhere Einnahmen (allein deshalb, weil Letzteres nichts anderes heißt als Steuererhöhungen).

Wie Bund, Länder und Gemeinden müssen sich selbstverständlich auch die Sozialversicherungen auf den demographischen Wandel vorbereiten. Für die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung wird dies umso schwieriger, als diese Systeme in Deutschland überwiegend nach dem Umlageverfahren finanziert werden und somit für den bevorstehenden Rückgang der Bevölkerung (oder besser: der Beitragszahler) besonders anfällig sind.

Bildung: Mehr Geld pro Kopf

Bildungsausgaben

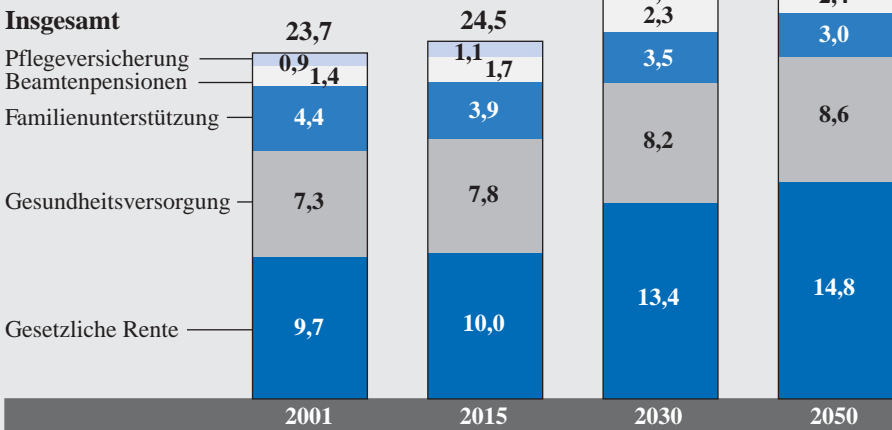


Ab 2010: Projektion; Quelle: IW Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Öffentliche Ausgaben: Was das Alter kostet

Altersbezogene Ausgaben
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

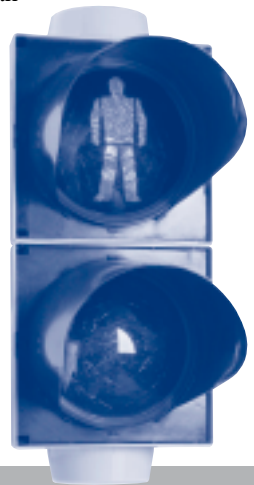


Ab 2015: Projektion; Quelle: IWF

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

- Die Rentenversicherung.** Zur Erinnerung noch einmal die Fakten: Heute finanzieren 168 Arbeitnehmer (Beitragszahler) 100 Rentner. Unterstellt man ein realistisches Szenario aus Geburten- und Sterberate, Lebenserwartung, Zuwanderung usw., dann wird die gleiche Zahl an Rentnern im Jahr 2050 von 82 Beitragszahlern ernährt werden müssen. Nun gibt es reichlich unterschiedliche Prognosen darüber, welche Auswirkungen das auf den Beitragssatz der Rentenversicherung haben wird – das Spektrum reicht von 23 bis 29 Prozent. Doch egal, ob der Satz nun um 4 oder um 11 Prozentpunkte steigt – inzwischen wirkt sogar eine Erhöhung von 0,1 Prozent wie Gift für die Volkswirtschaft.

Dennoch gibt es ein paar Möglichkeiten, wenigstens die „Alterserscheinungen“ so gering wie möglich zu halten: Möglich ist eine Absenkung der Renten (also des Versorgungsniveaus), eine Erhöhung des Renteneintrittsalters (ist gleichbedeutend mit einer Verringerung der Rentenbezugsdauer) oder eine höhere Erwerbsbeteiligung, um den Beitragssatz langfristig zu stabilisieren. Eine Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze käme dagegen



Das Umlageverfahren

Dieses Prinzip in der Sozialversicherung besagt, dass die laufenden Ausgaben aus den laufenden Einnahmen bestritten werden. Dabei müssen die Einnahmen (Beiträge) so bemessen sein, dass sie die Ausgaben decken können – wenn nicht, müssen in diesem System entweder die Einnahmen erhöht oder die Ausgaben reduziert werden. Die Vorteile des Umlageverfahrens: Es ermöglicht eine schnelle Anpassung an politische Veränderungen (wie die Wiedervereinigung), es ist relativ resistent gegen die Inflation und es verteilt die abzusichernden Risiken auf viele Schultern. Nachteil: Wenn die Zahl der Beitragszahler im Verhältnis zu derjenigen der Transferempfänger sinkt, müssen Erstere immer größere Lasten schultern – sofern die Ansprüche der Empfänger aufrechterhalten werden oder nicht in gleichem Maße abnehmen.

Das Kapitaldeckungsverfahren

Dieses Prinzip bedeutet im Grunde nichts anderes, als privat vorzusorgen, also „für den Fall der Fälle“ selbst zu sparen. Gegenüber dem Umlageverfahren ist die Kapitaldeckung wesentlich besser vor starken Bevölkerungsschwankungen gefeit. Zudem haben die privaten Vorsorgeleistungen den Vorteil, dass sie die gesamtwirtschaftliche Ersparnis erhöhen – und folglich Investitionen und Wirtschaftswachstum ankurbeln können.

de facto einer Beitragserhöhung gleich. (Und auch die Einbeziehung der Selbstständigen oder Beamten hilft nicht, stehen ihren Beiträgen mittel- bis langfristig doch entsprechend hohe Versorgungsansprüche gegenüber, die von der schwindenden Zahl der Beitragszahler finanziert werden müssen).

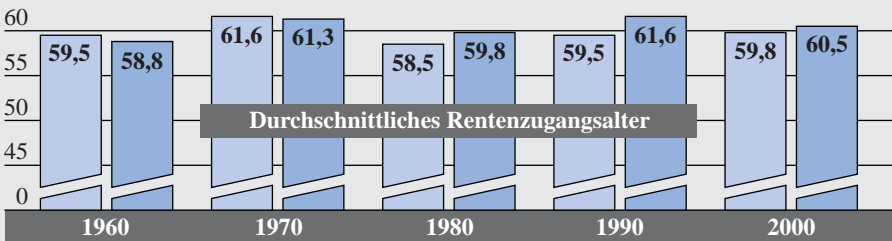
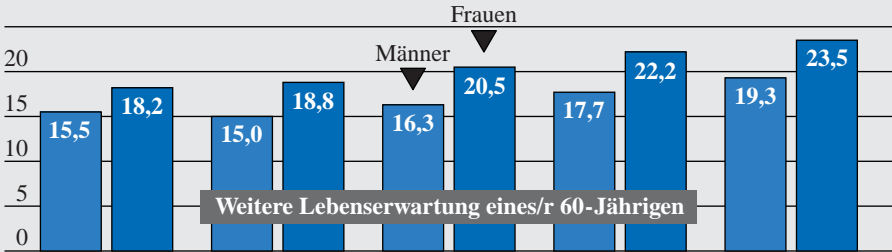
Doch für welche Variante oder Kombination verschiedener Varianten sich die Politik auch entscheidet, in der Mechanik der Umlagefinanzierung lässt es sich praktisch nicht verhindern, dass jede Strategie, die das hochsensible Thema Rentenniveau ausklammert, unweigerlich zulasten der jeweiligen Erwerbsgeneration geht – und damit ein gehöriges Maß an sozialen Spannungen heraufbeschwört.

Reformkompass

Die Umlagefinanzierung kann also die Folgen des demographischen Wandels selbst beim besten Willen nicht ausgleichen – dafür ist das System einfach nicht gemacht.

Rentner: Längerer Lebensabend

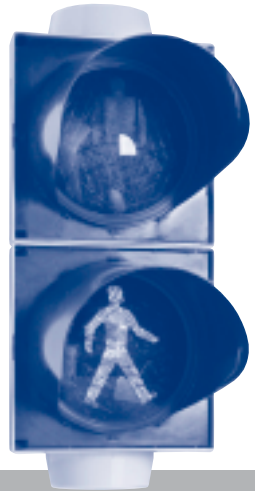
in Jahren



Bis 1990: nur Westdeutschland; Quellen: VDR, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Denn wenn die (finanziellen) Beziehungen zwischen den Generationen wie heute auf die jeweiligen Beitragszahler und Rentner beschränkt sind (wenn also die laufenden Ausgaben aus den laufenden Einnahmen bestritten werden), dann bleibt eines immer außen vor: die Kinderfrage. Gerade das Umlagesystem aber lebt vom Nachwuchs (an Beitragszahlern) – sie finanzieren der jeweils erwerbstätigen Generation später den Lebensabend. Verzichten jedoch immer mehr Menschen auf Kinder, erwerben sie zwar unverminderte Versorgungsansprüche, gleichzeitig sparen sie aber einen Haufen Geld (ein Kind aufzuziehen ist bekanntlich so teuer wie ein Einfamilienhaus). Die „Dummen“ sind in dieser Logik die Versicherten der nachfolgenden Generationen: Sie müssen für ihre Eltern im Alter sorgen und zusätzlich die Renten ausgerechnet jener finanzieren, die selbst keinerlei „Kinderbeitrag“ geleistet haben.



- **Die Krankenversicherung.** Weil die privaten Kassen nach dem Kapitaldeckungsverfahren organisiert sind und Altersrückstellungen bilden, betrifft das Problem des demographischen Wandels vor allem die auf dem Umlageverfahren basierenden gesetzlichen Krankenkassen. Bei ihnen sind fast 87 Prozent der gesamten Bevölkerung versichert; und weil diese immer älter wird und die Krankheitskosten mit zunehmendem Alter überproportional steigen, steht den gesetzlichen Kassen eine wahre Herkulesaufgabe bevor. Wie groß diese sein wird, zeigt folgender Vergleich: Im Jahr 1970 waren die Rentner noch für 20 Prozent des Beitragsanteils und für 26 Prozent des Ausgabenanteils verantwortlich.

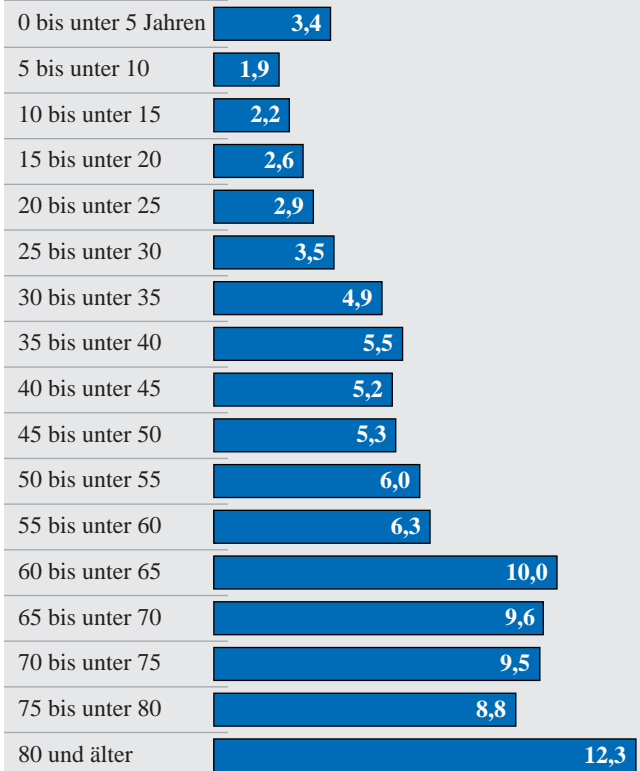
Heute steuern sie mit ihren Beitragszahlungen 19 Prozent zu den gesamten Einnahmen der Krankenkassen bei, verursachen aber bereits mehr als 42 Prozent der Ausgaben.

Setzt sich dieser Trend fort, droht den gesetzlichen Krankenversicherungen ganz genau das Gleiche wie der Rentenkasse: drastische Beitragserhöhungen, einschneidende Leistungskürzungen oder eine Kombination daraus. In den aktuellen Prognosen reicht die befürchtete Beitragsexplosion unter heutigen Bedingungen von 19 bis weit über 30 Prozent – allerdings ist inzwischen auch jedermann klar, dass dieses System unmöglich über die nächsten 50 Jahre fortbestehen kann. Gleiches gilt für ...

- **Die Pflegeversicherung.** Die 1995 eingeführte Versicherung wird von der

Gesetzliche Krankenversicherung: Teures Alter

So viel Prozent der Ausgaben entfallen auf die Versicherten im Alter von ...



Stand 2001; Ursprungsdaten: Bundesversicherungsamt, BMGS
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Vergreisung Deutschlands mit der gleichen Wucht getroffen wie die Krankenkassen. Jedes einzelne Jahr im Alter erhöht das versicherungsmathematische „Schadensrisiko“. Hinzu kommt (welch eine Ironie des Schicksals) eine weitere unerwünschte Nebenwirkung des Pillenknicks: Weil zu wenig Kinder da sind und die Gesellschaft zunehmend „singularisiert“ (so nennen Soziologen den Trend zum Ein-Personen-Haushalt), fällt auch die Familie als „Pflegeeinrichtung“ immer häufiger aus – was die Nachfrage nach kostenträchtigen professionellen Anbietern erhöht.

Rund 2 Millionen Pflegefälle werden heute aus der Pflegeversicherung alimentiert, je nachdem, wie sich das „individuelle Risiko“ entwickelt, werden es um 2050 herum zwei- oder dreimal so viele sein. Mit entsprechenden Folgen für den Beitragssatz: Zahlen die Versicherten heute 1,7 Prozent ihres Bruttolohns oder ihrer Rente in die Pflegeversicherung, so werden es dann bis zu 5,6 Prozent sein, also mehr als das Dreifache.



Reformkompass

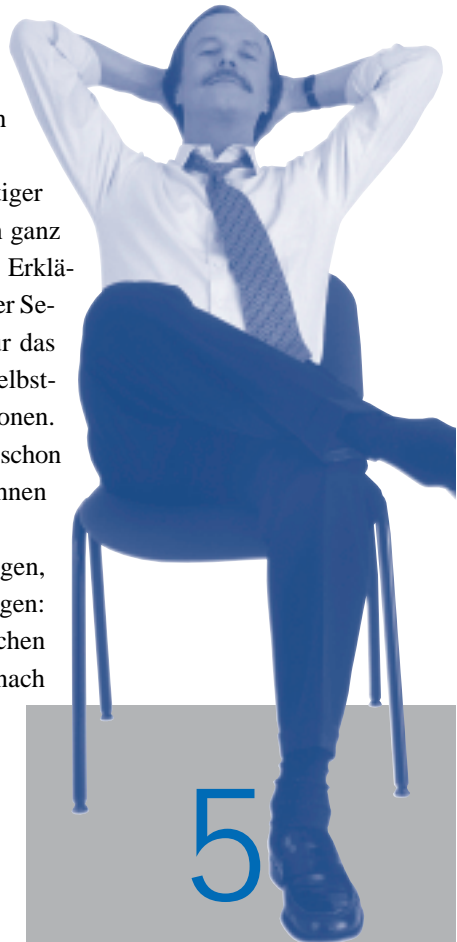
Wie bei der Rentenversicherung drohen in der Kranken- und Pflegeversicherung die finanziellen Folgen des demographischen Wandels einseitig auf den Schultern der jeweiligen Beitragszahler abgeladen zu werden. Damit untergräbt die Umlagefinanzierung den Generationenvertrag und wird für die nachrückenden Semester immer unattraktiver. Grundsätzlich ist daher jeder Schritt in Richtung Kapitaldeckungsverfahren zu begrüßen. Zwar kann auch das Umlageverfahren besser gegen den demographischen Wandel „geimpft“ werden; dazu müssen aber die bisher begünstigten Jahrgänge wesentlich stärker zu dessen Finanzierung herangezogen werden als bisher. Auf deutsch heißt das nichts anderes, als dass jeder Einzelne mehr für die private Vorsorge tun muss.

Die Senioren von morgen: Der Lebensabend ist gesichert

Bereits seit etlichen Jahren wird in Deutschland mehr oder weniger hitzig um die notwendigen Reformen in der gesetzlichen Rentenversicherung diskutiert und gestritten. Obwohl inzwischen hinreichend bekannt und anerkannt ist, dass der Fortbestand des Generationenvertrags nur gesichert werden kann, wenn beide Seiten (also Jung und Alt) Zugeständnisse machen, taucht vor allem beim Reizthema Rentenanpassung immer wieder ein Schreckensszenario auf: Weil man den Alten immer mehr wegnehme, so die Angst, stehe Deutschland bald eine grassierende „Altersarmut“ bevor. Nun ist es wahrlich kein Geheimnis mehr, dass eine Maßnahme wie eine Nullrunde für Rentner auch an den lieb gewonnenen Besitzständen der Senioren rüttelt. Doch Abstriche vom staatlichen und sozialen Leistungskatalog oder geringere Einkommenssteigerungen (und auch Renten sind Einkommen) müssen erstens auch alle anderen Bevölkerungsgruppen hinnehmen und rechtfertigen zweitens noch lange nicht irgendwelche Armutsszenarien, bei denen ganze Generationen durch das soziale Netz fallen.

Von Einzelfällen abgesehen, gibt es dafür aus heutiger Sicht keinen Grund – die Fakten jedenfalls malen ein ganz anderes Bild. Bevor wir uns diese ansehen, noch eine Erklärung: Wenn wir etwas über den künftigen Wohlstand der Senioren wissen wollen, dann müssen wir uns nicht nur das Einkommen der heutigen Rentner ansehen, sondern selbstverständlich auch die Finanzen der jüngeren Generationen. Denn sie sind zwar die Rentner von morgen, bauen aber schon heute mit ihren Einkommen auch Vermögen auf, das ihnen im Alter zur Verfügung steht.

- **Der Einkommensstatus.** Zahlreiche Studien zeigen, dass die Bruttoeinkommen einem einfachen Muster folgen: Sie steigen in jungen Jahren zunächst schnell an, erreichen so um die 50 Jahre ihren Höhepunkt und sinken danach wieder deutlich. Schauen wir uns nun das Problem „Armut“ an den beiden Alterspolen Jung und Alt an (für den großen „Mittelbau“ in Deutschland ist Armut ohnehin kein Thema), dann müssen wir uns um die Se-



Keine Altersarmut

Haushaltseinkommen in Euro je Monat

	Haupteinkommensbezieher							
	insgesamt	jünger als 25 Jahre	25 bis 34	35 bis 44	45 bis 55	55 bis 65	65 bis 70	über 70
Bruttoeinkommen	3.298	1.903	3.209	3.890	4.427	3.478	2.415	1.985
davon:								
– Arbeitseinkommen	2.007	1.328	2.532	2.981	3.334	1.888	199	46
– Vermögenseinkommen	390	92	191	363	508	539	469	355
– Transfereinkommen	900	484	485	545	584	1.051	1.747	1.584
Nettoeinkommen	2.615	1.486	2.363	2.946	3.343	2.840	2.246	1.852
Privater Verbrauch	2.061	1.299	1.887	2.259	2.488	2.254	1.968	1.539
Ersparnis	316	153	339	435	502	306	60	111

Stand: 1998; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

nieren keine Sorgen machen: Die über 65-Jährigen von heute haben ein durchschnittliches Haushalts-Bruttoeinkommen zwischen knapp 2.000 und 2.400 Euro – das sind bis zu 500 Euro mehr als bei der jüngsten Gruppe, den bis zu 25-Jährigen. Da die älteren Generationen zudem wesentlich weniger Steuern und Abgaben zu entrichten haben (ein Großteil ihres Einkommens besteht aus steuerfreien Transferzahlungen), fällt ihr monatliches Nettoeinkommen noch besser aus: Mit rund 1.850 bis 2.250 Euro haben die Seniorenhaushalte im Schnitt 350 bis 750 Euro mehr in der Tasche als die Juniorenhaushalte und können sogar mit den Nettoeinkommen der 25- bis 35-Jährigen mithalten.

- **Der Vermögensstatus.** Die insgesamt gute finanzielle Lage älterer Menschen zeigt sich nicht nur beim Einkommen, sondern auch bei ihrem Vermögen. Fasst man das Geld- und Immobilienvermögen zusammen und zieht davon die Verbindlichkeiten ab, so kamen westdeutsche Rentnerhaushalte Ende der neunziger Jahre auf ein durchschnittliches Nettovermögen von 130.000 Euro und erreichten damit fast exakt das Durchschnittsvermögen aller Haushalte. In Ostdeutschland (wo der Aufbau von Vermögen erst seit wenigen Jahren möglich ist) hatten die



Seniorenhaushalte 1998 nur ein Nettovermögen von knapp 32.000 Euro. Doch das dürfte sich in den kommenden Jahren und vor allem Jahrzehnten verbessern, denn schließlich steigt auch in den neuen Ländern der Wohlstand.

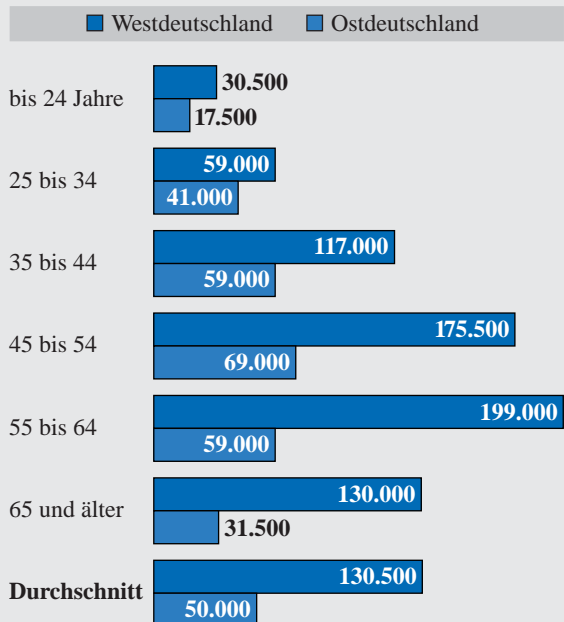
- **Die aktuelle Einkommensverteilung.** Mit Blick auf die Themen Armut und Gerechtigkeit stellt sich nun die Frage, wie gleich oder ungleich die Einkommen verteilt sind. Als (international übliche) Orientierung dient das so genannte Äquivalenzeinkommen: Es rechnet das Haushaltseinkommen so um, dass Haushalte unterschiedlicher Größe vergleichbar sind. Berechnungen mit Daten des sozio-ökonomischen Panels aus dem Jahr 2001 zeigen, dass die älteren Semester im Großen und Ganzen keine Existenzängste haben müssen: Ihr Einkommen liegt nur etwa 5 bis 6 Prozent unter dem Durchschnitt. Zum Vergleich: Bei den unter 25-Jährigen beträgt die Lücke zwischen 10 und 13 Prozent; alle anderen Altersgruppen liegen zwischen rund 1 Prozent (25- bis 34-Jährige) und 12 Prozent (45- bis 54-Jährige) darüber.

Die Durchschnitte allein sagen aber noch nicht viel aus, denn auch innerhalb einer Altersklasse gibt es große Unterschiede. Doch ausgesprochen geringe Einkommen (weniger als 50 Prozent des Durchschnitts) sind bei den Senioren recht selten. Von den 65- bis 74-Jährigen hatten im Jahr 2001 lediglich 6 Prozent ein Einkommen unterhalb der 50-Prozent-Marke, bei den noch älteren waren es 8,4 Prozent. Zum Vergleich: Von der gesamten Bevölkerung gehörten 9 Prozent zur Gruppe mit niedrigen Einkommen.

- **Der Alterswohlstand in der Zukunft.** Weder bei den Rentnern noch bei den jüngeren Semestern (also den Rentnern in spe) lässt sich heute ernsthaft von einem Armutsproblem reden. Doch wie wir wissen, werden sich die Al-

Das Vermögen der Deutschen

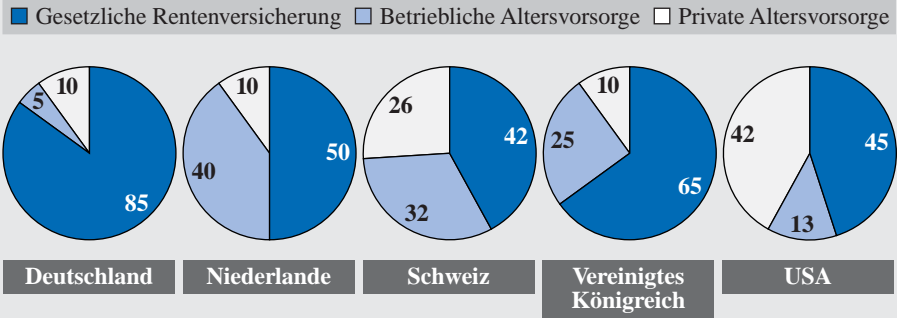
Nettovermögen der privaten Haushalte in Euro



Stand: 1998; Quelle: Hauser/Stein (2001)
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Einkommen im Alter: Die drei Säulen

Anteile am Einkommen von Zwei-Personen-Rentnerhaushalten in Prozent



Stand: Ende der neunziger Jahre; USA: private Altersvorsorge einschließlich 25 Prozent Erwerbseinkommen; Quelle: Deutsches Institut für Altersvorsorge **Institut der deutschen Wirtschaft Köln**

tersstrukturen in den kommenden Jahrzehnten drastisch verschieben – bis dann im Jahr 2050 die über 74-Jährigen zur stärksten aller Altersgruppen aufgestiegen sein werden (heute sind es übrigens die 35- bis 39-Jährigen). Da drängt sich förmlich die Frage auf, ob und wie sich diese Entwicklung auf die künftige Höhe und Verteilung der Einkommen auswirkt.

Zwar lassen sich die demographischen Effekte über einen Zeitraum von fast 50 Jahren allenfalls simulieren, doch eine Hochrechnung der Daten aus dem Jahr 2001 belegt immerhin, dass die Altersverschiebungen allein der Verteilung der Einkommen nicht viel anhaben können – jedenfalls dann nicht, wenn sich die Einkommensstruktur über die Lebenszyklen gegenüber 2001 nicht gravierend verändert. Teilt man die gesamte Bevölkerung nach ihrem Einkommen in zehn gleich große Gruppen, so haben die beiden wohlhabendsten Gruppen heute einen Anteil an den Gesamteinkommen von zusammen 34,9 Prozent – im Jahr 2050 werden es nach Lage der Dinge mit 34,8 Prozent voraussichtlich etwa gleich viel sein.

Bei den eher „armutsverdächtigen“ Niedrigeinkommen zeigt die Verschiebung der Altersstruktur zwar tatsächlich einen Einfluss – allerdings einen positiven: Zunächst wächst der Kreis derer, die ein Einkommen von weniger als der Hälfte des Durchschnittseinkommens haben, von heute 9 auf 9,2 Prozent im Jahr 2020 – sinkt dann aber bis zum Jahr 2050 auf 8,7 Prozent. Der langfristig positive Einfluss des demographischen Wandels auf die Zahl der Niedrigeinkommensbezieher erklärt sich damit, dass heute eben eher die jungen Generationen unterdurchschnittliche Einkommen haben – und nicht die älteren Semester.

Verlassen wir also das unrealistische und Angst machende Thema Altersarmut – schließlich geht es um den Umbau der deutschen Sozialsysteme, nicht um deren Abschaffung. Selbstverständlich wird sich auch für die Rentner von morgen einiges ändern (im Vergleich zu den Rentnern von heute), doch diese Änderungen gefährden keineswegs die Existenz. Dagegen spricht schon allein die Tatsache, dass in den kommenden Jahren so viel Vermögen vererbt wird wie nie zuvor: Allein in diesem Jahrzehnt wird es fast doppelt so viel sein wie in den neunziger Jahren.

Es sind Entwicklungen wie diese, die in der Tat etwas mit dem demographischen Wandel zu tun haben. Denn es stellt sich die Frage, was die künftigen Erbgenerationen mit dem Vermögen machen. Die Alten von morgen sind die Jungen von heute – und schon deshalb werden sie wahrscheinlich ganz anders konsumieren als ihre Eltern und Großeltern. Wenn die Babyboomer aber auch im Alter kräftig auf die Konsum-Pauke hauen wollen, werden sie vielleicht massiv Vermögen verkaufen, um ihren Lebensstandard zu sichern – was Teile der nachfolgenden Generationen ohne Erbe dastehen lässt.

Doch wie auch immer der Einzelne oder ganze Generationen sich entscheiden, eines ist sicher: Die Altersvorsorge in Deutschland muss und wird sich von ihrer starken Staatslastigkeit lösen und mehr private Lösungen einbauen müssen. Ein ausgewogeneres Ver-

hältnis zwischen staatlichem und privatem Engagement ist keineswegs anachronistisch, sondern ganz im Gegenteil hochmodern.

Ob die Schweiz, die Vereinigten Staaten, Großbritannien oder die Niederlande: In keinem dieser Länder ist der

Anteil der gesetzlichen Rentenversicherung an den Rentner-einkommen so hoch (85 Prozent) wie in Deutschland, in keinem der Anteil von betrieblicher und privater Vorsorge so niedrig (15 Prozent). In diesen Ländern stammen zwischen 35 und 58 Prozent der Alterseinkünfte aus privaten Quellen oder aus der betrieblichen Absicherung.



Das Alter und die Aktien –

Mehr private Vorsorge, das heißt letztlich nichts anderes, als einen Teil der Alters-einkünfte direkt oder indirekt an den Kapitalmärkten „zu verdienen“. Doch was passiert mit den Kapitalmärkten selbst? Wie entwickeln sich die Kurse bei einer immer älter werdenden Gesellschaft? Was machen die Zinsen? Die Antwort ist unmissverständlich: Wir wissen es nicht – ansonsten wären wir nämlich alle längst Multimillionäre.

Dennoch können wir ein paar Trends skizzieren, die zumindest den groben Rahmen dessen abstecken, was den Anleger von morgen erwartet:

- **Renditen.** Wie in Kapitel 3 gesehen, kann es aufgrund der demographischen Entwicklung zu einer Verschiebung der Produktionsfaktoren kommen – weil Arbeitskräfte knapp sind, wird mehr Kapital eingesetzt. Da zudem mehr gespart wird, würde nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage dann die Rendite des eingesetzten Kapitals zunächst sinken (höheres Angebot, sinkende Preise); erst ab 2030 rechnen Experten wieder mit leichten Aufwärtstendenzen, wobei die Renditen aber auch dann hinter dem aktuellen Niveau zurückbleiben. Für eine sinkende Verzinsung spricht außerdem die Überlegung, dass der heutige Kapitalstock bei einer sinkenden Bevölkerung überdimensioniert ist: Es wird künftig schlichtweg nicht genügend Arbeitskräfte geben, um all die Maschinen, Anlagen und Bauten vollständig nutzen zu können – daher sind höhere Abschreibungen die Folge. In die gleiche Richtung wirken die sich verschlechternden Absatzchancen jener Unternehmen, deren Produktion vor allem auf den (schrumpfenden) heimischen Markt abzielt.

- **Aktien.** Wenn die Babyboomer-Generation ins Rentenalter kommt, wird sie in einer ganz anderen Situation stecken als die heutigen Senioren: Weil die Leistungen der gesetzlichen Rente nicht mehr ausreichen, um den Lebensstandard zu sichern, werden die Rentner von morgen ihre Aktien wohl zu einem großen Teil verkaufen. Zudem werden die rentennahen Generationen, also die Über-50-Jährigen, ihre Depots nach und nach auf sicherere Anlageformen umschichten, um so eventuellen Vermögensverlusten durch einen Kurseinbruch auszuweichen. Beide Strategien führen (bei sonst gleichen Bedingungen) zu sinkenden Aktienkursen – was es wiederum schwieriger macht, die Versorgungslücke im Alter über ein Engagement an der Börse zu schließen. Doch es gibt auch gegenläufige Tendenzen: Die Reformen in Richtung mehr private Vorsorge werden dazu führen, dass die Erwerbstätigen mehr sparen,

ein Ausflug auf den Kapitalmarkt 2050

also auch mehr Aktien nachfragen. Da das Erwerbsleben zudem länger ist als die Rentenphase, wirkt dieser Effekt sogar der Tatsache entgegen, dass die jüngeren Jahrgänge schwächer besetzt sind als die älteren.

Was genau auch immer passieren wird – diese Szenarien demonstrieren eindrucksvoll, wie groß die Aus- und Rückwirkungen des demographischen Wandels sein können. Umso wichtiger ist es, rechtzeitig geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Was

den eventuellen Rendite-Rückgang betrifft, so könnte dieser zum Beispiel dadurch gemindert werden, dass sich die Anleger vermehrt auf jenen Auslandsmärkten engagieren, deren Bevölkerungsstruktur noch intakt ist.

Doch Vorsicht: Gerade Anlagen im Ausland, insbesondere in den Schwellenländern, können mit erheblichen Risiken verbunden sein – auch wenn die Gelder in Investmentfonds eingebracht werden, denn deren Kurse schwanken ebenfalls.

Um also den privaten Anlegern mehr Sicherheit zu bieten und die ohnehin schwach ausgeprägte Risikofreude nicht noch mehr zu dämpfen, wird es mehr denn je darauf ankommen, vor allem die rechtlichen Rahmenbedingungen und den Anlegerschutz auf den Kapitalmärkten entsprechend auszugestalten.

Trotzdem steigt bei sinkenden Renditen tendenziell die Gefahr von Versorgungslücken – die dann von der Allgemeinheit (via Steuern und Abgaben) geschlossen werden müssten. Deshalb könnte Deutschland etwa über eine Versicherungspflicht für jene nachdenken, die diese Lücke mit ihren bisherigen Ersparnissen voraussichtlich nicht werden schließen können.



Deutschland 2050: Regieren die Alten auf Kosten der Jungen?

Nach den bisherigen Erkenntnissen steht es wohl außer Frage, dass der demographische Wandel in vielen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft einschneidende Veränderungen auslösen wird. Damit stehen insbesondere die politisch Verantwortlichen wahrlich vor einem Dilemma: Einerseits müssen sie sich auf die veränderten Interessen einer immer älter werdenden Wählerschaft einstellen, andererseits gilt es, die notwendigen Reformen in die Wege zu leiten – und beides wird von dem quasi natürlichen Interesse der Politiker überlagert, wiedergewählt werden zu wollen. Ob dieser Dreiklang harmonische oder eher missliche Töne hervorbringt, wird mehr denn je davon abhängen, wie die wachsende Gruppe der Älteren an den Wahlurnen abstimmt. Verteidigen die Senioren ihre Besitzstände zulasten der Jungen? Kommt es zu einem Generationenkonflikt ganz neuer Prägung? Sind die notwendigen Reformen der Sozialsysteme überhaupt durchsetzbar, wenn die Mehrheit der Betroffenen gleichzeitig auch die Mehrheit der Wähler stellt?

Nun lässt sich das Wahlverhalten der nächsten 50 Jahre genauso schlecht prognostizieren wie die Aktienkurse, dennoch gibt es auch hier ein paar Indikatoren, mit

deren Hilfe wir zumindest die Eckpfeiler der künftigen politischen Landschaft bestimmen können:

- **Mehrheit oder Minderheit – der Medianwähler.** Keine Partei kommt heute ohne sie aus: die Mitte.

Ob politisch links oder rechts, grün oder gelb, wer gewählt werden will, muss vor allem die Mehrheit der Bevölkerung bzw. der Wähler erreichen. Ökonomen und Politikwissenschaftler betonen, dass es dabei von entscheidender Bedeutung ist, den so genannten Medianwähler für sich zu gewinnen – er markiert sozusagen die Grenze zwischen Mehrheit und Minderheit. Auf unser Thema vom demographischen Wandel über-

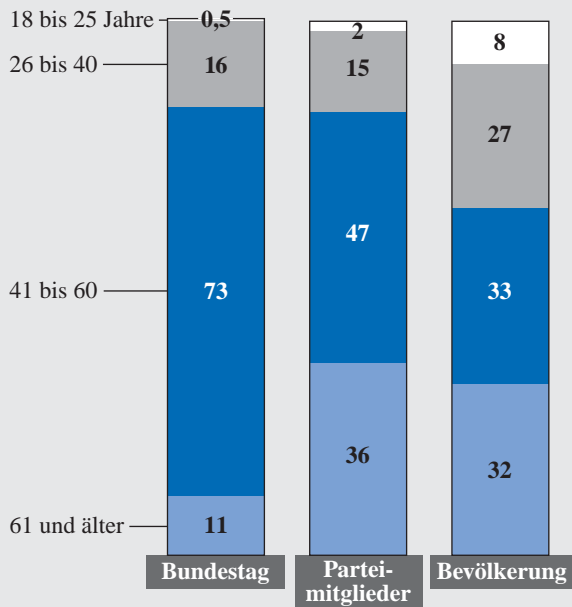
tragen heißt das: Teilt man die Bevölkerung über 18 Jahre in zwei gleich große Gruppen – eine junge und eine alte – so ist der Medianwahlberechtigte heute 45,8 Jahre alt – im Jahr 2050 hat er jedoch schon 56,3 Lenze auf dem Buckel. Und wenn man dann noch berücksichtigt, dass erstens nicht alle über 18-Jährigen auch wahlberechtigt sind (siehe Ausländer-Wahlrecht) und zweitens ältere Menschen ihr Wahlrecht wesentlich stärker ausüben als jüngere, dann ist der tatsächliche Medianwähler (sozusagen die „große breite Masse“) in Wahrheit sogar noch älter.

Jedes Volk hat bekanntlich genau die Politiker, die es verdient – ergo macht der demographische Wandel auch vor den Toren des Parlaments nicht halt. Im aktuellen deutschen Bundestag sind nicht einmal 17 Prozent aller Abgeordneten jünger als 40 Jahre – obwohl diese Altersgruppe in der Bevölkerung mehr als doppelt so stark vertreten ist. An der „politischen Basis“, also in den Parteien selbst, ist die Altersstruktur ebenfalls alles andere als repräsentativ: Drei Viertel aller Parteimitglieder sind über 40 Jahre alt, und die Jugendquote ist mit 2 Prozent gerade mal ein Viertel so hoch wie in der Gesamtbevölkerung.

In dieser Konstellation liegt es nahe, einmal darüber nachzudenken, ob zwischen Jung und Alt nicht ernsthafte Interessenkonflikte auftreten werden. Während die Jungen schon wegen der steigenden Sozialabgabenlast und den damit einhergehenden schlechteren Beschäftigungsbedingungen an grundlegenden Reformen des umlagefinanzierten Systems interessiert sind, müssen die Älteren auf den ersten Blick genau solche Reformen fürchten – schließlich kann es dabei nur um Leistungseinschränkungen oder gar um den Verzicht von liebgewonnenen (sprich: jahrzehntelang finanzierten) Besitzständen gehen. Zumindest

Politik: Junge Generation unterrepräsentiert

Altersstruktur in Prozent



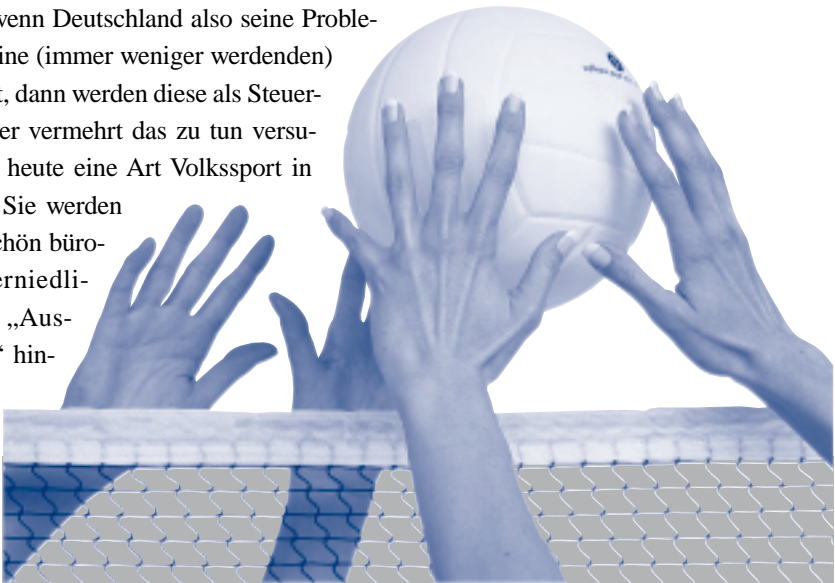
Quellen: Heinrich u.a. (2002) Institut der deutschen Wirtschaft Köln

aus dieser Sicht wäre es also verständlich, wenn die ältere Generation wesentlich mehr Widerstand gegen die Reformen der Sozialsysteme leistet als die Jungen – und also jene Partei(en) wählt, die ihnen die wenigsten Zugeständnisse zumutet.

- **Eingrenzung des Generationenkonflikts.** Andererseits sollten gerade ältere Menschen, deren Versorgung (zumindest heute noch) fast ausschließlich auf der Umlagefinanzierung basiert, ein besonders großes Interesse am Funktionieren der Sozialsysteme haben. Und zwar umso mehr, als künftig auch die Zahl der kinderlosen Senioren steigen wird. Weil diese ihre Pflege im Alter logischerweise nicht mehr durch die eigene Familie absichern können, werden sie also noch stärker auf die staatlichen Sozialsysteme (wie die Pflegeversicherung) angewiesen sein. Gerade die Umlagefinanzierung kann also nur funktionieren, wenn die Sozialkassen auch für jene attraktiv sind, die sie finanzieren: die Beitragszahler.

Gegen eine einseitige Umverteilung zwischen den Generationen sprechen aber nicht nur psychologisch-rationale Gründe, sondern auch einige konstitutionelle Schranken. Die steigenden Alterskosten könnten bei sinkenden Einnahmen letztlich nur über neue Schulden finanziert werden – die aber sind durch Art. 115 des Grundgesetzes und den Stabilitäts- und Wachstumspakt in der EU begrenzt. Zwar schützt das die nachfolgenden Generationen keineswegs immer (bekanntlich verfehlt Deutschland im Jahr 2004 zum dritten Mal hintereinander die Maastricht-Kriterien), doch auf lange Sicht gesehen dürfte allein der Druck der anderen Mitgliedstaaten groß genug sein, um ein weiteres Ausufern der Staatsverschuldung zulasten kommender Generationen zu verhindern.

Falls nicht, wenn Deutschland also seine Probleme einfach an seine (immer weniger werdenden) Kinder weitergibt, dann werden diese als Steuer- und Beitragszahler vermehrt das zu tun versuchen, was schon heute eine Art Volkssport in Deutschland ist: Sie werden sich, wie es so schön bürokratisch und verniedlichend heißt, zu „Ausweichreaktionen“ hinreißen lassen. Gemeint sind Strategien wie der Rückzug ins Private (arbeiten lohnt



nicht), die Flucht in die Scheinselbstständigkeit (was zwar nicht das Wachstum, aber die Rentenkassen belastet) und, vor allem, die Flucht in die Schwarzarbeit (sie ist seit Jahren mit die stärkste „Wachstumsbranche“ in Deutschland). Und, fast noch schlimmer, auch auf legalem Weg zeigen immer mehr Menschen, was passiert, wenn „die Relationen“ nicht mehr stimmen: Schon heute leiden zum Beispiel die naturwissenschaftlichen Disziplinen in Deutschland unter einer wahren Auswanderungswelle ihrer besten Forscher – auch das „Humankapital“ geht letztlich dorthin, wo es die höchsten Renditen gibt.



Reformkompass

Der Generationenkonflikt hat sich längst Bahn gebrochen – und seine soziale Sprengkraft darf wahrlich nicht unterschätzt werden. Die Probleme sind bekannt, die Lösungen ebenfalls – je schneller das Notwendige umgesetzt wird, desto geringer sind die (unvermeidlichen) Kosten für die Umstellung. Je schneller den Menschen reiner Wein eingeschenkt wird, desto eher werden die jahrzehntelang gewachsenen Umverteilungsansprüche an Bedeutung verlieren und einer stärkeren Eigenverantwortung Platz machen. Doch der Einzelne muss nicht nur wollen, sondern auch können: Deshalb sollten im Mittelpunkt der Reformansätze vor allem positive, also wachstumsfördernde Strategien stehen – wenngleich es für eine Übergangszeit notwendig sein wird, Einschnitte hinzunehmen. Erst dies wird den nachfolgenden Generationen Wohlstand ermöglichen. Die beste Sozialpolitik ist noch immer eine gute Wirtschaftspolitik – also Rahmenbedingungen, die es dem Einzelnen ermöglichen, seines eigenen Glückes Schmied zu sein.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-602-14629-4

Die Broschüre basiert auf der vom
Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Rahmen des

ROMAN HERZOG **INSTITUT**

München, herausgegebenen Studie
„Perspektive 2050 – Ökonomik des demographischen Wandels“,
Köln 2004, 424 Seiten, 36 Euro, ISBN 3-602-14577-8

Herausgegeben vom
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Geschäftsbereich Öffentlichkeitsarbeit
Leitung: Axel Rhein

Manuskript: Andreas Wodok
Grafik/Layout: Ralf Sassen

© 2004 Deutscher Instituts-Verlag GmbH
Gustav-Heinemann-Ufer 84-88, 50968 Köln
Postfach 51 06 70, 50942 Köln
Telefon: (02 21) 49 81-4 52
Fax: (02 21) 49 81-4 45
E-Mail: div@iwkoeln.de
Internet: www.divkoeln.de

Druck: Bacht, Essen